

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
= Berlin O 17, Rüdersdorfer Straße 60 =

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Verfammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung in der Neuzeit

I.
Man hört häufig sagen, das lehrverslossene Halb-jahrhundert sei das Zeitalter der Technik gewesen. Es ist wahr, daß diese Spanne Zeit große tech-nische Fortschritte gebracht hat, jedoch die technischen hätten den wirtschaftlichen Umschwung allein nicht herbeizuführen vermocht. Der Technik stand die Chemie ebenbürtig zur Seite, und beide konnten das, was sie geleistet haben, nur durch die durchgebildete und straffere Organisation bewirken. Im Wirt-schaftsleben eines Volkes spielen neue Errungenschaf-ten aber nur eine geringe Rolle, wenn der innere Markt nicht sehr abnahmefähig ist. Deutschland kam da seine starke Bevölkerungsvermehrung sehr zu Ratien. Sie allein ist es aber auch nicht, die zu einer wirtschaftlichen Hebung führt, Quantität und Qualität zusammen schaffen erst den Erfolg. Die Qualität wird durch die Erziehung geschaffen, durch gute Schulen und durch geordnete wirtschaftliche Ver-hältnisse, und nicht zuletzt durch die Art der Lebens-auffassung. Diese Tatsachen waren es vor allem, die Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung wirksam bestimmten.

Was in diesen Sätzen allgemein ausgedrückt ist, das soll im folgenden genauer erörtert werden. Als Betriebsmittel dienen uns die amtlichen und privaten Veröffentlichungen, die sich mit unserem Thema be-fassen. Der Volkswirt soll bei der Beschreibung und Erklärung der wirtschaftlichen Tatsachen weder loben noch tadeln, sondern sagen, was ist, und warum dies so ist. Er soll die Ursachen und Wirkungen bestimm-ter wirtschaftlicher Tatsachen feststellen, und das Loben und Tadeln den Interessenten überlassen. Nüchternere Tatsachenerklärung und Tatsachenerklä-rung wäre also sein Ziel.

Wer so seine Aufgabe aufsaßt, wird am ehesten eine brauchbare Uebersicht über Deutschlands wirt-schaftliche Entwicklung der Neuzeit schaffen können. Wenn zu einer guten theoretischen Schulung noch eine intime Kenntnis der bewegenden und treibenden Kräfte kommt, dann darf man auf eine besonders gute Darstellung hoffen. Dies trifft in der Haupt-sache auf eine Veröffentlichung zu, deren Verfasser Karl Helfferich (Direktor der Deutschen Bank) ist. Am der Hand dieser Schrift (127 S.), wollen wir den geplanten Gang antreten. Betont sei, daß wir Ab-weichungen von dem Verfasser nicht hervorheben haben, sondern gleich das uns richtigere Erscheinende niedergeschrieben haben: zu dem Zweck, im gesamten mehr bieten zu können.

Als Ausgangspunkt ist die Entwicklung des Be-völkerungswesens gewählt. Im Jahre 1826 wohnten auf dem Gebiete des heutigen Deutschen Reiches etwa 25 Millionen Menschen, 1871: 41 Millionen, beim Regierungsantritt Kaiser Wilhelms des Zweiten: 48 Millionen, 1910: 66 Millionen. Seit längerer Zeit vermehren wir uns um rund 800 000 Menschen pro Jahr. Im Jahre 1911 betrug die Vermehrung auf 1000 Einwohner berechnet: 11,3. Nur Rußland übertraf uns, und zwar mit 17,0 v. U., alle anderen Kulturstaaten marschierten hinter uns. Allerdings, einmal hatten wir einen viel höheren Ueberschuß. Im Jahre 1902 betrug er 15,6 v. U. Inzwischen ist der vielerörterte Rückgang eingetreten. Vorderhand hat aber Deutschland noch einen Vorsprung vor den anderen Staaten (Rußland ausgenommen).

Interessant ist, wie der Geburtenüberschuß zu-stande kommt. In den Jahren 1871—1880 hatten wir auf je 1000 Einwohner 40,7 Geborene, 28,8 Gestorbene (Ueberschuß 11,9). In der Periode 1881 bis 1890: 38,2 Geborene, 26,5 Gestorbene (11,7), 1891 bis 1900: 37,3 Geborene, 23,5 Gestorbene (13,9); 1901—1910: 33,9 Geb., 19,7 Gest. (14,3); 1911: 29,5 Geb., 18,2 Gest. (11,3). Diese Aufstellung zeigt, daß die Zahl der Geburten (auf 1000 Einwohner be-rechnet) von 40,7 auf 29,5 gesunken ist, die Zahl der Gestorbenen aber auch ganz bedeutend gefallen ist (28,5 auf 18,2). Der Ueberschuß der Periode 1901

bis 1910 beruht im wesentlichen auf einer Abnahme der Sterblichkeit. Auf alle Fälle erfreulich ist der Rückgang der Sterblichkeit; dem steht allerdings ein Rückgang der Geburten gegenüber. Wenn man sich aber über die Bedeutung dieser Entwicklung ein Urteil bilden will, muß man in Rechnung stellen, daß im Jahrzehnt 1881—1890 bei einem Geburten-überschuß von 5,5 Millionen 1 342 000 Personen aus-gewandert sind. Das nächste Jahrzehnt brachte einen Geburtenüberschuß von 7,3 Millionen, bei einer Aus-tranderung von nur 528 000. Im nächsten Jahrzehnt (1901—1910) stieg der Geburtenüberschuß auf 8,67 Millionen, und die Zahl der Auswanderer sank auf 220 000 Personen. Im Jahre 1912 schrumpfte die Zahl der Auswanderer auf 18 500 zusammen.

Aus dieser Entwicklung folgert Helfferich, daß in dem letzten Jahrzehnt die wirtschaftlichen Mög-lichkeiten in Deutschland stärker gewachsen sind als die Bevölkerung. Der Bedarf an Arbeitskräften, die lohnende Arbeitsgelegenheit sei der starken Ver-mehrung der Volkszahl noch vorausgestellt.

Der Bevölkerungszuwachs hat hauptsächlich die Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern ver-mehrt: 1885 zählte man 21, 1910 aber 48. In den Großstädten lebten 1885 4,4 Millionen oder 9,4 Prozent der Gesamtbevölkerung, im Jahre 1910 da-gegen 13,8 Millionen oder 21,1 Proz. der Gesamt-bevölkerung. In den Städten von über 20 000 Ein-wohnern lebten im Jahre 1885 nur 8,6 Millionen oder 18,4 Prozent der Gesamtbevölkerung, im Jahre 1910 machte dieser Anteil schon 32,4 Millionen oder 34,5 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. In den Städten von über 20 000 Einwohnern lebt demnach über ein Drittel und in den Großstädten über ein Fünftel der Gesamtbevölkerung.

Daß diese Entwicklung Schatten in sich birgt, ist zuzugeben; der Uebergang vom vorwiegenden Agrarstaat zum vorwiegenden Industriestaat ist in den genannten Daten ausgedrückt. Die Städte und Industriezentren boten dem Geburtenüberschuß, der stark anwachsenden Bevölkerung, Unterkunft und Brot; und diese Tatsache muß als erfreulich ver-bucht werden.

Zu den wirtschaftlichen Umwälzungen hat das Emporkommen der Naturwissenschaften sehr viel bei-getragen. In den früheren Zeitabschnitten war die Routine und Erfahrung fast alles; an Stelle dieser trat nach und nach planmäßige Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse auf das Gebiet der wirtschaftlichen Arbeit. Deutsche Forscher haben bahnbrechende Leistungen vollbracht, und „die Gesamt-heit der Naturwissenschaften mit der Erkenntnis von der Erhaltung der Kraft zur höchsten Stufe emporgeführt“. Aus dem Volke der Dichter und Denker sind auch praktische Gestalter herausgewach-sen. Zu den Fortschritten der reinen und anderen Wissenschaften ist eine gewaltige Entfaltung wirt-schaftlicher Tatkraft hinzugekommen. „Diese Ver-bindung von Wissen, Können und Wollen ist das Zeichen, in dem Deutschland gerade in den letzten 25 Jahren die größten Erfolge erzielt hat.“ Nicht minder waren die Errungen schaften in der physika-lischen Wissenschaft.

Mit der Einführung der Dampfmaschine begann ein neues Zeitalter, früher nicht gekannte Kräfte, wie die Elektrizität, führten zu neuen Maschinen und Arbeitsmethoden. Ältere Kräfte wurden besser aus-genutzt. So sind z. B. die Dampfüberhitzung und die Dampfturbine Errungen schaften der letzten Jahr-zehnte.

Bemerkenswert an der Entwicklung der neuzeit-lichen Technik ist vor allem, daß Kraftquellen aus-gelöst wurden, die bisher wohl vorhanden, aber wert-los waren. Die elektrische Kraft, die wir hier im Auge haben, ermöglicht eine nahezu unbeschränkte Verteilbarkeit an beliebigen Stellen und in beliebigen Mengen. Durch die Elektrizität ist außerdem eine viel bessere Ausnutzung von solchen Brennstoffen er-möglicht worden, die vorher überhaupt nicht oder nur zu einem geringen Teil verwendet werden konnten. Dies trifft besonders auf Brennstoffe zu, die als solche

den Transport über größere Strecken nicht lohnen, aber an Ort und Stelle mit Nutzen zur Herstellung von Dampf verfeuert werden können.

Allenthalben ist die neuzeitliche Technik bestrebt, sparsamer mit den Hilfsstoffen umzugehen, indem man sie vollkommener ausnützt. Das gilt sowohl für die Wasserkräfte, wie für die Verwendung von Elektrizität und Gas. Eine bahnbrechende Neuerung ist wohl das Verfahren, durch das Torf, Braunkohle und ähn-liche Stoffe vergast werden. „Die gewonnenen Gase werden in elektrische Energie umgeföhrt“, und sie wird durch Ueberlandzentralen verteilt. Hier bieten sich noch ungeahnte Möglichkeiten. Bei der Torfver-gasung wird Ammoniak als wertvolles Nebenprodukt geironnen. Die Möglichkeit, Torf in Gas zu ver-wandeln, läßt bei den großen Moorflächen auf er-giebige Kraftquellen schließen. Bedeutungsvoll ist diese Kraftquelle vor allem deshalb, weil durch die Aufarbeitung des Torfes die bisher so ziemlich wert-losen Moorflächen zu wirtschaftlich nützlichem Lande umgestaltet werden.

Fortschritte bahnen sich auch in der Verwendung anderer Materialien an: Benzin soll durch Benzol und andere Produkte des Steinkohlenteers ersetzt werden. Der Dieselmotor ermöglicht die Verwendung des billigen Rohöls an Stelle des teuren Benzins, und die jüngsten Versuche ergeben sogar, daß Stein-kohlenteer direkt als Brennstoff verwertet werden kann.

Die Erzeugung teurer Hilfsstoffe durch billigere und die vollkommene Ausnutzung hat neue Maschinen herorgebracht. Das Wirtschaftsleben hat neue Auf-gaben zur Lösung erhalten, an deren Lösung haupt-sächlich die Maschinenindustrie beteiligt ist. Mit Hilfe der motorischen Kräfte können diese Aufgaben in glänzender Weise gelöst werden.

In der Bodenbearbeitung, der Herstellung und Verwendung von häuslichen Düngemitteln wurden in den letzten Jahrzehnten ebenfalls bedeutende Fort-schritte erzielt. „Die Erkenntnis der Bedeutung der Phosphorsäure, von Kali und Stickstoff, für die Er-haltung und Steigerung der Produktionskraft des Bodens hat bisher unbeachteten Stoffen einen un-ermesslichen Wert verliehen.“

Ueberlegen ist Deutschland den anderen Ländern durch seine großen Kalilager. Einige Zahlen mögen die Entwicklung des Kalibergbaues veranschaulichen. Die Förderung stieg von 1 Mill. Tonnen ausgangs der 80er Jahre auf 8 Mill. Tonnen im Jahre 1910, dem Werte nach bedeutet diese Steigerung einen Zu-wachs von 25 Mill. Mark.

In reichstem Maße hat die Chemie aber auch die Industrie befruchtet. Als Beispiel dafür mag die Tatsache erwähnt werden, daß man früher zur Herstellung des Stahls beinahe zwei Wochen brauchte. Heute genügen 20 Minuten. Neuerdings wird der elektrische Strom vorteilhaft zur Stahlerzeugung ver-wendet.

Im gesamten brachten uns die letzten 25 Jahre neue Kräfte und neue Stoffe, die für unser Wirt-schaftsleben fruchtbar gemacht wurden. Die alten Kräfte und Stoffe wurden wirksamer ausgenutzt, bei sparsamerer Verwendung. Zunehmend wird die schwere Handarbeit durch vervollkommnete Maschi-nen ersetzt.

„Ein feind des Organisations-gedankens“

Die Broschüre unseres Kollegen Reichstagsab-geordneten Franz Behrens über die Gründung der Deutschen Volksversicherung, die der „öffentlich-recht-lichen“ Volkserzitterung so gründliche Wahrheiten sagt, scheint dem Geheimen Oberregierungsrat Dr. Rapp und seinem Anhang stark auf die Ner-ven gefallen zu sein. Sie haben den Kopf völlig verloren und plaudern nun die tief-sten Geheimnisse ihres Herzens ganz ungeniert aus. Rapp selbst schweigt zwar, aber als sein treuer Wassengenosse schreibt Dr. Georg Wilhelm Schie-ler in der Kreuzzeitung (Abendausgabe Nr. 596 vom 20. Dezember), die durch ihren Leitartikel „Der

Kongreß der Klassenkämpfer erst kürzlich ihre Feindschaft gegenüber der christlich-nationalen Arbeiterbewegung betonte, unter der Überschrift „Behrens contra Rapp“ folgendes Geständnis:

Wenn man der sozialdemokratischen Volkspflege wirksam begegnen will, so muß man deren Werbekraft etwas Schwächeres oder vielmehr etwas Besseres und Stärkeres gegenüberstellen. Dies Bessere und Stärkere wird aber nicht dadurch geschaffen, daß man das privatwirtschaftliche Interesse unserer großen Versicherungsgeellschaften zusammenhängt mit der Organisation der christlich-sozialen Arbeiter. Diese sind zu schwach, um der sozialdemokratischen Volkspflege etwas Besseres gegenüberzustellen; also sind sie auch zu schwach, das Hauptstück einer solchen Einrichtung abzugeben. Außerdem sind sie auch nur eine politische Organisation, und eine noch dazu, die gegenwärtig recht unsicher ist. Wie denn, wenn sie eines Tages ihren Frieden mit den Sozialdemokraten machen? Darf man so etwas überhaupt auf eine politische Organisation gründen? Es sind in jenem Volksversicherungsgesetz zu verschiedene Geister zusammengewürfelt, die einander von Grund auf mißtrauen. Großkapital und christlich-soziale Arbeitererschaft. Das wird der fruchtbarsten Arbeit und dem Weiterausbau der Ideen nicht nützlich sein.

Rein! Wenn man der sozialdemokratischen Volkspflege wirksam begegnen will, so darf man ihr so etwas Schwächeres nicht gegenüberstellen. Die sozialdemokratische Volkspflege ist nur zu überwinden dadurch, daß man ihr eine öffentliche Volkspflege, eine von Staats wegen oder vielmehr eine in der Form des gemeinen Rechts, im Rahmen des öffentlichen Rechtes gegenüberstellt, in welcher weder das Großkapital noch die halbpolitischen Parteiorganisationen etwas zu sagen haben. Vollkommen frei und rein von Politik soll sie sein. Die politisch nicht organisierten Stände, der erwerbstätige Mittelstand, ja auch der nichtorganisierte Arbeiter, jeder einzelne Individuum soll darin genau soviel gelten, wie irgendeine politische Organisation. Das ist der gesunde Individualismus, mit dem allein man die sozialdemokratische Volkspflege und die ganze unfreie Organisationskrankheit unserer Zeit bekämpfen kann. Es ist in Wahrheit auch nur Kleinliche Sorge um ihre Organisation und um ihren persönlichen Einfluß, was die christlichen Arbeiterführer veranlaßt, Rapp abzusagen, weil er ihnen nicht in seinem Bau die Herrschaft zugehen wollte, die ihnen in jenem Gebäude wenigstens besprochen wird. Die echte deutsche Volkspflege ist aber zu mehr da, als nur eine Stütze zu sein für die „Organisation“. Sie soll die Burg sein des wahren Individualismus und ist darum sogar ein Feind des Organisationsgebauens, ein Befreier von „Organisation“, sie bietet dem Arbeiter etwas Besseres als „Organisation“. Das fühlen jene Führer, und darum wollen sie brüskieren, um das zu verhehlen. Denn je mehr der Arbeiter verachtet, um so weniger zählt er Organisationsbeiträge.

Das ist wenigstens ehrlich! Die „Essentialität des Rechts“ sind nach ihrem eigenen Eingeständnis „ein Feind des Organisationsgebauens“, sie wollen die „unfreie Organisationskrankheit“ bekämpfen und bieten etwas „Besseres“ als „Organisation“. Das Trotzigste ist, daß die Herrschaften sich zu gleicher Zeit bemühen, Arbeiterorganisationen zur Mitarbeit an ihrem Unternehmen zu gewinnen. In den Köpfen dieser „Arbeiterorganisationen“ muß es wahrlich sonderbar aussehen, die mit ihnen so offen ausgedrückten Gegnern zusammen daran arbeiten, sich

selbst zu bekämpfen. Unsere Kollegen, die bei ihrer Arbeit für unsere Volksversicherung mit den „Essentialität des Rechts“ zu rechnen haben, bitten wir sich diesen Ausdruck gut aufzuheben.

~~~~~  
 Fehlt zum geplanten Werke dir die Kraft,  
 entreihe dich des Zweifels langer Last,  
 der Wille ist es, der die Tat verschafft,  
 in ihm bürgt sich, was dir noch fehlt: die Kraft.

### Die Presse über den Gewerkschaftsprozess

In den grundsätzlichen Erörterungen der beiden letzten Jahre um die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der christlichen Gewerkschaften bildet der Kölner Gewerkschaftsprozess den Abschluß. Diejenigen, die auch nach dem Essener Kongreß noch Zweifel an der Ehrlichkeit der christlichen Gewerkschaftsführer glaubten hegen zu sollen, als ob es ihnen mit der Betonung der Selbständigkeit ihrer Bewegung nicht ernst sei, dürften durch den Prozeß den klaren und unwiderleglichen Beweis für die Unhaltbarkeit ihrer Anschauungen erhalten haben. Die christlichen Führer haben kein Doppelspiel getrieben; sie sind nicht heimlich Verpflichtungen eingegangen, während sie öffentlich ihre Unabhängigkeit betonten. An den grundsätzlichen Darlegungen, wie sie auf dem Dresdener und Essener Kongreß aus berufenem Munde erfolgten, ist nicht zu deuteln und zu rütteln; sie sind so zu verstehen, wie sie gesprochen wurden. Auf dem Dresdener Kongreß führte Kollege Stegerwald unter einmütigem Beifall der Versammelten aus:

„Die christlichen Gewerkschaften können nicht religiöse, daher auch nicht katholisch-kirchliche Aufgaben übernehmen. Sie können sich aber auch nicht — und diese Worte richten sich an eine andere Adresse — als Sturmbod gegen Rom gebrauchen lassen. Die christlichen Gewerkschaftler bleiben treue Katholiken auf der einen Seite, treue Protestanten auf der anderen Seite, aber ebenso treue christliche Gewerkschaftler. Die Auseinandersetzungen zwischen Katholiken und Protestanten auf religiösem Gebiete liegen jenseits des Aufgabengebietes der christlichen Gewerkschaften.“ Dieser grundsätzliche Standpunkt wurde auf dem Essener Kongreß noch schärfer herausgearbeitet. Und dabei ist es geblieben, eine Schwankung der christlichen Gewerkschaften ist nicht eingetreten, joviell auch gewisse Leute von einer solchen fabelten.

Das zweifelsfrei dargetan zu haben für jeden, der nicht absichtlich die Dinge anders sehen will, ist das Ergebnis des Kölner Prozesses, und darin liegt seine große Bedeutung. Vielleicht wird das in keiner ganzen Tragweite in diesem Moment noch nicht allseits erkannt; die spätere Zeit wird die historische Bedeutung dieses Prozesses unzweifelhaft dartun. An

den Stellen, die es zunächst angeht, dürfte sie her schon anerkannt werden. „Die Bedeutung dieses Prozesses“, so schreibt das neueste Zentralblatt, „wird heute in führenden kirchlichen und politischen Kreisen besser erkannt und gewürdigt, als dies von Arbeitern und Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften gegenwärtigen Augenblick übersehen und erwartet werden kann.“

Entsprechend der Bedeutung des Prozesses ist die Haltung der Presse. Hier handelt es sich um mehr als einen bloßen Beleidigungsprozeß, sag sie sich richtig. In ausführlichen Berichten hat ihre Leser über den Gang der Prozeßverhandlungen unterrichtet und die großen führenden Blätter haben das Ergebnis des Prozesses in Artikeln ausführlich besprochen. Erfreulicherweise können wir feststellen, daß wir im großen und ganzen eine gute Presse gefunden haben. Wir geben aus den uns vorliegenden Pressestimmen einige der bedeutungsvollsten wieder.

In der Zentrumspresse, soweit sie nicht in Beziehungen zu den bekannten Quertreibern im katholischen Lager steht, hat der Prozeß ein lebhafte und freundliches Echo geweckt. Nüchtern allgemal brachte sie den Willen zum Ausdruck, daß es nun genug sein müsse mit den unfruchtbarsten Auseinandersetzungen über den Charakter der christlichen Gewerkschaften, und daß nun die Bahn frei sei für eine allseitige und energische Förderung derselben. Von besonderer Bedeutung sind die Ausführungen der „Kölnischen Volkszeitung“. Sie wendet sich besonders an das evangelische Lager:

„Auch im evangelischen Lager Deutschlands könnte man aus dem Prozeß manche Lehren ziehen. Häufig schon konnte man die Beobachtung machen, daß hinter den einfachsten Vorgängen im katholischen Lager Intrigenpolitik und Gespensterei gewittert wurde, was ein starkes Maß von Mißtrauen erzeugte. Der Prozeß hat gezeigt, daß bei dem Engherzigkeit die katholischen Führer der christlichen Gewerkschaften geradezu peinlich darüber wachten, daß unter keinen Umständen den evangelischen Arbeitern in der christlichen Gewerkschaftsbewegung eine Stellung zugemutet werden dürfe, die sie in ihrer Eigenschaft als evangelische Christen als unwürdig empfinden müßten. Die evangelischen Führer der christlichen Gewerkschaften waren bereit, ebllich zu erörtern, daß während des Engherzigkeit die führenden evangelischen Kollegen innerhalb des Vorstandes und Ausschusses des Gesamtverbandes über alle Einzelheiten unterrichtet worden sind. Für die führenden evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften brachte der Prozeß nicht Neues.“

Unknüpfend an die eingangs erwähnten Worte des Kollegen Stegerwald auf dem Dresdener Kongreß fährt die „Köln. Volksztg.“ dann fort:

„Dabei sollte und mußte es auch für die Zukunft bleiben. Wir haben nach dem Essener Kongreß geübt, in guten und bösen Tagen unentwegt zu den christlichen Gewerkschaften halten zu wollen. Dies ist uns von verschiedenen Seiten verübelt worden. Heute werden auch diese Kreise davon überzeugt sein, daß wir recht hatten, für die christlichen Gewerkschaften uns zu erklären. Der Kölner Prozeß hat gezeigt, daß gegenüber der machtvollen Sozialdemokratie, welche die gesamte Arbeiterschaft in ihren Bann zu schlagen versucht, eine starke christlich-nationale Gewerkschaft unbedingt notwendig ist, wenn nicht die nationalen und die ehtischen Schätze unseres Volkes unheilbaren Schaden erleiden sollen.“

### hoffnung

Die Erde schläft in tiefer Ruh!  
 — Sie träumt der Auferstehung zu.

Und ist verstummt auch Hür und Hain,  
 Gießt weiten sie Wärme und Sonnenschein.

Sind auch die kleinen Sängler verfliegen,  
 Sie kommen doch wieder zu uns gezogen.

Und wieder blühen die Blumen im Feld,  
 Und wieder läßt einmal der Frühling die Welt.

Ged. Filling  
 in der „Sepiaarbeiter-Zeitung“.

### Bewegliche Brücken

Von Diplom-Ingenieur Philipp Rauer.

Sehen seit sehr langer Zeit hat man Brücken beweglich gemacht, um zu gegebener Zeit den Übergang über einen Fluß oder einen Abbruch zu ermöglichen zu lassen. Es gab im Mittelalter bereits eine sehr große Zahl beweglicher Brücken, die als sogenannte Zugbrücken über Flußschnellen führten und aus einem einzigen Holzstamm bestanden. Alle diese Konstruktionen aber wurden sehr langsam zu Schiffe aus Holz hergestellt, mit geringen Spannweiten begrenzten. Zwei Seile gegen das Ende der Brücke hindurch, während sich das andere in zwei horizontalen Ästen drehte.

Man konnte damals noch nicht daran denken, größere Spannweiten zu beschaffen zu bringen und mußte, wenn es notwendig war, einen hölzernen Fluß zu überbrücken, der mit einer Schiffsbrücke begrenzten, von Teil der Brücke nach der Richtung des Wassers auf der Erde.

Brücken zu erreichen. Einige der bekanntesten Systeme sind die Hubbrücken, die Klappbrücken, die Drehbrücken, die Fallbrücken und die Fährbrücken.

Die Drehbrücke ist in der Mitte ihrer Stützweite auf einen Mittelpfeiler aufgelagert. Mittels Rollensträngen und Stützrippen wird die Brücke von den Auflagern gehoben, gedreht und gibt dann, in die Richtung des Flußlaufes gestellt, rechts und links von dem erwähnten mittleren Pfeiler die Durchfahrt frei. Der mittlere Pfeiler muß den Lastdruck tragen. Seine Breite übertrifft die der Brücke, und, mitten in der stärksten Strömung ist für die Schiffe eine gefährliche Klippe geschaffen. Eine der größten Brücken dieser Konstruktion ist die Barton-Kanalbrücke in England mit einer Länge von 72 Metern und einem Kanalquerschnitt von 11 Quadratmetern.

So nur ein geringer Landverkehr, aber starker Schiffsverkehr vorhanden ist, kommt die Fährbrücke in Frage. Die Brückenfährbahn ist da, um die gewünschte freie Durchfahrt zu geben, erhöht. Eine Fährbrücke besteht aus einem Rabeln und Eisenbahnen an Rollen aufgehängt, die sich auf Schienen bewegen; diese Schienen befinden sich in der hochgelegenen Brückenfährbahn. Eine der ältesten Ausführungen dieser Art, die Fährbrücke in Bilbao in Spanien, besteht aus zwei Türmen, über die zwei Rabeln geführt sind, die man an der Oberseite in hölzernen Fundamenten verankert hat. In der Mitte zwischen den beiden Türmen laufen fünf die Rabeln heranziehenden Seile mit der horizontalen Fährbrücke verbunden, auf der die vorübergehenden Schiffe liegen. Ein mannterbrochener Landübergang ist dabei nicht möglich. Selbst wenn kein Schiff in Fahrt ist, muß die Fährbrücke in gleicher Weise den Verkehr aufrecht erhalten und der Weg von einem Ufer zum anderen zurücklegen, um Fährschiffe, Wagen und Pferde aufzunehmen.

Bei der Hubbrücke wird die ganze Fährbrücke senkrecht in die Höhe gehoben, und nach Beheben des Schiffes wieder herabgelassen. Bis vor kurzem bestand der Verkehr der Hubbrücken immer noch darin, daß durch die Verbindung von starken Rabeln und Drehseilen, durch deren Vermittlung Gegengewichte in Aktion traten, die Fährbrücke niemals erreicht werden konnte.

der schweren Rabel vorlamen. So stürzte die Hubbrücke in Chicago, die 42 Meter Spannweite hat und 43 Meter hoch gehoben wird, nach Reizen der Rabel auf ein durchlaufendes Schiff nieder. Auf zwei seitlichen Türmen war die Brückenkonstruktion an Rabeln gehängt, die, über Rollen geführt, schwere Gewichte als Gegengewichte hielten.

Seit ganz kurzer Zeit ist von The Strauß Bauwerke Bridge, Chicago in Amerika ein neuartiger Typ der Hubbrücken ausgeführt worden, von denen Modelle in der Wissenschaftlichen Halle der Internationalen Bauausstellung in Leipzig ausgestellt waren: die Strauß-Vertical-Hubbrücken. Hier sind Gegengewichte an Rabelarmen befestigt, die als kompakte Stahlstäbe ausgebildet sind. Seile und Rabeln sind überhaupt nicht verwendet worden. Dadurch allein ist es möglich, den älteren Hubbrücken gegenüber ein vollkommenes Gleichgewicht zu gewährleisten. Die Bewegung erfolgt in Drehzapfen, die man gegen die Einflüsse der Witterung schützen kann. Sieben Brücken sind gegenwärtig von dieser Art in Amerika im Bau.

Die zahlreichsten und größten Klappbrücken der Neuzeit sind ebenfalls nach dem System Strauß gebaut worden. Auch sie waren an Modellen in der Leipziger Bauausstellung zu sehen. Der mittlere bewegliche Teil wird als ein- oder zweiflügelige Klappbrücke ausgebildet. Die Klappen drehen sich um horizontale Achsen. Sie werden aufgeschloßt, wenn ein Schiff durchfahren will.

Bei diesen Strauß-Brücken ist durch eine geeignete Hebelarmkonstruktion ober- oder unterhalb der Brückenfährbahn ein Gegengewicht angeordnet, das bei der Bewegung der Brückenflügel sich so verschiebt, daß es stets und in jeder Lage mit dem gehobenen Brückenflügel im Gleichgewicht ist. Eine solche zweiflügelige Eisenbahnbrücke wurde über den Calumet-Fluß an der Südgrenze von Chicago mit einer Spannweite von 72 Metern ausgeführt. Das vollkommenste Gleichgewicht der Konstruktion ermöglicht es, mit einem ganz geringen Kraftverbrauch die Brücke zu schließen und zu öffnen. Gleichzeitig ist die Schnelligkeit der Ausführung gesteigert. In 40 Sekunden kann die Brücke senkrecht aufgestellt und in einen geschlossenen Großstadthausen entspricht.

Das Blatt knüpft hieran die Mahnung, nun endlich mit den Schikanierungen der christlichen Gewerkschaften aufzuhören, sich allseitig zu ihrer resoluten Förderung aufzuraffen und den Führern das Vertrauen entgegenzubringen, das sie — wie es auch im Prozeß wieder gezeigt habe — in so reichem Maße verdienen.

Ein anderes Zentrumsblatt, die „Essener Volkszeitung“, begrüßt es freudig, daß der Prozeß den christlichen Gewerkschaften die willkommenen Gelegenheit geboten hat, einmal mit fester Hand in das Netz von sorgfältig vorbereiteten Verwicklungen zu greifen, die seit Jahr und Tag beständig zur Hebe gegen die christlichen Gewerkschaften benutzt wurden. Es sei über jeden Zweifel festgestellt, daß sie in wirtschaftlichen Fragen frei und unabhängig ihre mühselige Tätigkeit erfüllt hätten und auch auf Grund der päpstlichen Enghilfta weiter zu erfüllen in der Lage wären.

Außerordentlich bemerkenswert ist das Urteil der nationalliberalen „Rheinischen Zeitung“ über den Prozeß. Das Blatt, in dem die Industriellen aus der Schwerindustrie und dem Bergbau zu Worte kommen, war den christlichen Gewerkschaften noch nie besonders günstig gesinnt. Seine Ausführungen sind darum um so bedeutungsvoller. Der Artikel ist mit „Ein Erfolg der christlichen Gewerkschaften“ überschrieben. Die Führer der christlichen Gewerkschaften, so heißt es darin, dürften den Verlauf und den Ausgang des Prozesses als einen Erfolg ihrer Sache buchen. Die Vermächtigkeit des Beweismaterials der Beklagten und damit der Zusammenbruch ihrer stärksten Behauptungen seien augenscheinlich zutage getreten. Das Urteil über die übrigen Angeklagten sei im großen und ganzen milde anzusprechen.

„Aber“, so fährt das Blatt fort, „nicht in dieser Stille für unbewiesene Behauptungen krankender Art legt die politische Bedeutung dieses Prozesses. Die liegt vielmehr darin, daß hier die Führer der christlichen Gewerkschaften einmal vor Gericht gezwungen wurden, ihre grundsätzliche Stellung zu dem Eingreifen des Papstes in die Gewerkschaftsbewegung, in mündlichem Verhör und im Angesicht ihrer Gegner scharf zu formulieren, und daß sie hierbei den interkonfessionellen Gewerkschaftsgedanken in nichts preisgegeben haben. Unter Eid sagten sie einer nach dem andern aus, daß sie den Vertretern der katholischen Kirche keinerlei Unterwerfung heimlich gelobt hätten, und diese Vertreter der Kirche, der Bischof Scajale von Baderborn und der Domkapitular Kreuzwald von Köln, bestätigten unter Eid diese Erklärung. Auf der andern Seite wußten ihre Gegner ihre Behauptungen mit nichts andern als zu stützen als der „inneren Wahrscheinlichkeit“, und sie verrieten durch den Mund des Rechtsanwalts keine des öfteren, daß nur eine ertümelte Auffassung der katholischen Lehren sie zu dieser Konstruktion einer inneren Wahrscheinlichkeit veranlaßt hatte. Sie glaubten eine Abhängigkeit der christlichen Gewerkschaften vom Papst aus dem Aufsichtsrat herleiten zu können, das Papst und Bischof jeßforgerlich über jeden einzelnen Katholiken beanspruchten, während das Beweisthema doch hätte heißen müssen, ob Papst und Kirche über die christlichen Gewerkschaften als solche ein Aufsichtsrecht geübt und gewahrt erhalten haben. Das wurde, wie gesagt, unter Eid bestritten und von der Gegenseite nicht bewiesen; selbst der intimste Gegner der Kölner Richtung, Dr. Kaufmann, hatte nur subjektive Schlussfolgerungen, aber keine sachlichen Unterlagen hierfür ins Feld zu führen.

Aber mehr noch: Die Hauptlinge der christlichen Gewerkschaften zeigten vor Gericht auch durch die Tat, daß sie zwischen dem Katholiken in sich, soweit sie Katholiken sind, und dem Gewerkschaftler einen scharfen Strich zu ziehen wissen. . . . Galt man zu dieser deutlichen Selbständigkeitsklärung der christlichen Gewerkschaften die Rundgebung, mit der vor wenigen Tagen der Erzbischof von Köln für sie eingetreten ist in dem jubelnd begrüßten Saal: „Gegenüber der Tatsache, daß 800 000 katholische Arbeiter den sozialdemokratischen Organisationen angehören, haben wir die Pflicht, unter unseren Verhältnissen die christlichen Gewerkschaften zu fördern und zu pflegen“, so muß man sagen, daß gegenwärtig die christlichen Gewerkschaften gegenüber ihren Gegnern, den Berliner Fachabteilungen, die Oberhand gewonnen haben; sie haben ihre Art beibehalten und doch die Gunst des deutschen Episkopats nicht verloren.“

In einem Korrespondenzartikel, der in einer Reihe liberaler Blätter abgedruckt ist, wird gesagt, daß von den Vorwürfen, welche die sozialdemokratischen Organe gegen die christlichen erhoben, so gut wie gar nichts vor der gerichtlichen Prüfung bestanden hat, das habe selbst ein sogenannter Dialektiker, wie Rechtsanwalt Heine eingesehen müssen. Wenn Herr Dr. Joseph Maria Kaufmann, der Herausgeber der „Kölner Korrespondenz“, die „Doge“ zu Hilfe gerufen habe, um die Unterwerfung der christlichen Gewerkschaften zu beweisen, so könne man das verstehen. Aber es sei nicht die Doge der Tatsachen, sondern die Doge der Phantasie. Daß er sich das gerade von dieser Seite sagen lassen muß, mag bitter für ihn sein, aber er hat's reichlich verdient.

Sehr wertvoll für die christlichen Gewerkschaften ist auch das Zeugnis des nationalliberalen „Deut-

schen Kurier“, (Nr. 98) Berlin. Die gegen die christlichen Führer erhobenen Anschuldigungen bezeichnet er als geradezu ungeheuerlich.

Doch nun ist die Sachlage geklärt, wie die sozialistischen Ankläger es gewollt, aber diese Klärung ist ganz anders ausgefallen, als sie erwartet haben. Man kann im Interesse der Reinlichkeit im politischen Tageskampf den Kölner Prozeß nur begrüßen, der den Sieg der christlichen Gewerkschaften über sozialdemokratische Verleumdung dadurch noch vergrößert und verichönt, daß die so schwer beleidigten christlichen Arbeiterführer durch ihre Vertreter erklären ließen, daß sie an einer harten Strafe ihrer Beleidiger kein Interesse haben. Das ganze Gebäude der roten Anklagen ist schmächtig zusammengeknirscht, und nichts blieb übrig von all dem, was eine vergiftete Phantasie sich zurechtgelegt hatte, um der christlichen Arbeiterbewegung womöglich den Untergang zu bereiten. . . . Die notwendige Klärung ist geschaffen, aber die Sozialdemokraten dürften keine Freude daran haben. Sie haben sich auch hier wieder einmal erwiesen als die Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Um so mehr aber freuen sich über dieses Ergebnis des Kölner Gewerkschaftsprozesses alle, die ein Interesse daran haben, daß die Arbeiterbewegung nicht nur im Ruhrgebiet, sondern überall in gesunde Bahnen einlenken kann und daß vor allem der verheerenden und zerschmetternden Arbeit der Sozialdemokratie der Kampf zu gelten hat. Die Sozialdemokratie hat in diesem Prozeß eine empfindliche Niederlage erlitten, und die hat sie reichlich verdient.“

Selbst die „Post“, das erreaktionäre Organ der allerhöchsten Scharfmacher, der sonst jede selbständige Arbeiterbewegung ein Greuel ist und die auch die christlichen Gewerkschaften mit ihrer Feindschaft nicht verschont hat, kann sich des Einbruchs des Prozesses nicht entziehen. Das Fazit aus demselben findet sie für die sozialdemokratische Presse geradezu beschämend.

„Wie ein Kartenhaus ist alles zusammengeknirscht, was sozialdemokratische Veltseherei und Erfindungskunst aus Nichts hervorgezaubert hatte, um dem unangenehmen christlichen Konkurrenten das Wasser abzugraben. Die vergifteten Pfeile aber fielen auf die Schützen selber zurück. Obwohl die Sozialdemokratie also auch diesmal mit ihren leichtfertigen Handlungen eine klägliche Niederlage erlebt hat, wird niemand so unerfahren sein, um zu glauben, daß diese Partei der gewerks- und gewerkschaftsmäßigen Deber hieraus eine Lehre für die Zukunft ziehen werde. . . . Wenn die christlichen Organisationen auch künftig auf diesem entschlossenen Standpunkte beharren und andererseits in unwesentlichen Fragen rechtzeitig nachzugeben verstehen, d. h. Energie und Klugheit in der für eine erfolgreiche Politik richtigen Mischung anwenden, kann nicht daran gezweifelt werden, daß die Gewerkschaften aus dem langen erbitterten Streit als die endlichen Sieger hervorgehen. Daß ein solches Ergebnis nicht nur vom gewerkschaftlichen, sondern auch vom volkswirtschaftlichen und nationalen Gesichtspunkte zu begrüßen wäre, braucht nicht näher ausgeführt zu werden.“

Die „Allgemeine Rundschau“ (München), Zeitschrift für Politik und Kultur, die besonders unter den gebildeten Katholiken ziemlich stark verbreitet ist, faßt in einem Artikel von Max Röder (Machen) die wesentlichsten Ergebnisse des Kölner Prozesses nochmals zusammen und schreibt dann:

„Diese Säge erhellen die geradezu historische Bedeutung des Kölner Prozesses. Wenn es richtig ist, daß nur eine nach allen Seiten freie und unabhängige Arbeiterbewegung wirklich vorwärtsbringende Wirtschafts- und Kulturarbeit leisten kann — und die Richtigkeit dieses Satzes kann von keiner Seite bestritten werden —, dann sind die christlich-nationalen Gewerkschaften eine existenzberechtigte Organisationsform, dann verdienen sie auch bedingungs- und rückhaltlose Unterstützung. Im Streit der Meinungen handelt es sich hier um eine res judicata (ein rechtskräftiger Bescheid). Springt so die große Bedeutung der christlichen Gewerkschaften in die Augen, dann ergibt sich ohne weiteres, daß der Schwerpunkt der künftigen sozialen, kulturellen und politischen Entwicklung bei den christlichen Gewerkschaften ruht. Das sollte jedem Deutschen die Augen öffnen und vor allem auch jenen zu denken geben, welche über der Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften ihre ureigenste Aufgabe vergessen. Auch Friedenshoffnungen sind gerade in der Beziehung an den Kölner Prozeß geknüpft worden. Leider hat die Erfahrung Bestimmtes erzo-gen. Es wird erst dann Frieden werden, wenn die Macht der Tatsachen zum Frieden zwingt. Dafür zu sorgen, hat der Kölner Prozeß die Grundlagen und klare Bahn geschaffen. Was weit-sehende Sozialpolitiker in scharfer Erkenntnis der Dinge voraussagten, hat der Kölner Prozeß glänzend bestätigt. Er kam gerade recht an der Wende des Jubiläumjahres, das so erfreuliche Erkenntnisse zur Sozialpolitik und so manchen Entschluß brachte, in harter Selbsterziehung eine neue Befreiung, eine neue Gesundung herbeizuführen.“

Zum Schluß sei noch das Urteil eines neutralen Blattes angeführt, das der „Sozialen Praxis“, des angesehenen Organs der Gesellschaft für Soziale Reform. Sie sieht in dem Ergebnis des Prozesses eine „helle Beleuchtung der kirchlich unabhängigen Stellung der christlichen Gewerkschaften“. Die von der beklagten Presse vorgebrachten Verdächtigungen seien durch den Prozeß Stück für Stück als müßige Erfindungen und Täuschungen zerschmettert worden. . . .

Und die Neuanwendung aus dem Prozeß? Für heute wollen wir sie durch den Arbeiterdichter Kollegen Fritz Walter geben lassen:

Das sei die edelste Sache,  
Die nun für euch alle beginnt,  
Daß tausende unserer Sache  
Ihr überall neu gewinnt:  
Drum vorwärts, ihr Brüder und agitiert,  
Die gestern noch Gegner, getäuscht und verführt,  
Gewinnt sie als Freunde zum Bunde:  
Es ruft euch die Pflicht der Stunde.



Reißenden Strömen wird auch die Tiefe nicht fehlen,  
Lieber zu viel als zu wenig Schwung.  
In kleinen Herzen, in niederer Seelen  
wohnt keine Begeisterung.

Frieda Schanz.



### Der Bauarbeiterchuh

Vor einigen Tagen sind in Köln die Vertreter der am Bauarbeiterchuh interessierten christlichen Arbeiterorganisationen zusammengesetzt, um über die zu treffenden Maßnahmen zur Organisation des Bauarbeiterchuhes zu beraten. Als Zentralinstanz für die einzuleitenden Schritte bildete sich ein geschäftsführender Ausschuß des Gesamtverbandes für Bauarbeiterchuh, dem Vertreter der fünf Verbände angehören, die aus Bauarbeitern bestehen, oder die Bauarbeiter in ihren Reihen zählen, des Bauarbeiterverbandes, des Metallarbeiterverbandes, des Malerverbandes, des Holzarbeiterverbandes und des Verbandes der Keram- und Steinarbeiter. Den Vorsitz dieses Ausschusses übernahm der Vorsitzende unseres Verbandes, der Kollege Wiebeberg. Der Ausschuß wird regelmäßig oder nach Bedarf von Zeit zu Zeit zusammentreten, um die vorzunehmenden Arbeiten zu beraten und die Aktionen zur Besserung des Schutzes der Bauarbeiter einzuleiten. Die Geschäfte des Ausschusses werden von der kürzlich beim Generalsekretariat des Gesamtverbandes errichteten Zentralkasse für Bauarbeiterchuh geführt, die Kollege Butterbrodt leitet.

Es wurde beschlossen, in eine großzügige Agitation für den Bauarbeiterchuh einzutreten, zumal die gegenwärtige Lage des Schutzes für Leben und Gesundheit der auf Bauten beschäftigten Arbeiter meist noch sehr trostlos ist. Ohne auf Einzelheiten ausführlich einzugehen, sei nur auf die erschreckend hohen Krankheits- und Sterbeziffern der Bauhilfsarbeiter, die Bleibergiftung der Maler und vor allem auf die völlige Schutzlosigkeit der immer mehr steigenden Zahl der Metallarbeiter in den baugewerblichen Berufen hingewiesen. Die Kollegen vom Baufach werden dringend aufgefordert, sich mit den Fragen des Bauarbeiterchuhes dauernd eingehend zu beschäftigen. Jeder baugewerbliche Arbeiter muß sich der Unfall- und Gesundheitsgefahren seines Berufes bewußt sein. Jeder muß sich Kenntnis der im Interesse des Bauarbeiterchuhes jetzt schon bestehenden Vorschriften verschaffen. Jeder muß für deren strikte Innehaltung und stete Besserung nach Kräften beitragen. In allen Orten sollen sich aus den Vertretern der baugewerblichen Verbände Bauarbeiterchuhkommissionen bilden. Zur Vertiefung der Erkenntnis der Notwendigkeit des Bauarbeiterchuhes und zur Einführung in die praktische Arbeit wird die Gewerkschafts- und Arbeiterpresse mehr noch als bisher das Ihrige beitragen.

In der erwähnten Konferenz wurde die Herausgabe einer Broschüre über die gegenwärtige Lage des Bauarbeiterchuhes beschlossen. In dieser Broschüre soll die Entwicklung und der Stand des Bauarbeiterchuhes beleuchtet werden, und es sollen Richtlinien für unsere künftige Arbeit gezeigt werden. Die Herausgabe der Broschüre ist in nächster Zeit zu erwarten. Sie erscheint im Verlage des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, der jetzt schon Bestellungen entgegennimmt.

Die im Baugewerbe tätigen, in den christlichen Verbänden organisierten Arbeiter werden aufgefordert, an die Bearbeitung der mit dem Bauarbeiterchuh zusammenhängenden Fragen energisch heranzutreten. Seitens unserer beim Generalsekretariat errichteten Zentralkasse für Bauarbeiterchuh werden sie Anregung und weitgehendste Unterstützung finden.

### Allgemeines

Die Bedeutung des Gewerkschaftsprozesses kommt auch in den zahllosen Telegrammen und Glückwünschschriften zum Ausdruck, die im Anschluß an den Ausgang des Prozesses dem Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften zugestellt wurden. Kollege Stegerwald erließ damit auch in der Tagespresse eine Erklärung, worin er sagte:

„Aus Anlaß des Ausganges des Kölner Prozesses sind mir in den letzten Tagen so viele Glückwünsche aus allen Volksschichten zugegangen, daß ich sie unmöglich einzeln beantworten kann. Neben den Vertrauensleuten der christlichen Gewerkschaften sandten Depeschen und Schreiben bekannte Staatsmänner und hohe kirchliche Würdenträger heider Konfessionen, namhafte Vertreter der Sozial-Wissenschaft, Parlamentarier aus verschiedenen Parteien, zahllose Leiter der katholischen und evangelischen Arbeitervereine usw. Ich entnehme aus diesen Glückwünschen, daß man allseitig über die Klärung erfreut ist, die der Prozeß in den bekannten Streitfragen unzweifelhaft gebracht hat. Für dieses den christlichen Gewerkschaften so reichlich bewiesene Interesse sage ich herzlichen Dank. Vielleicht darf ich damit die Bitte verknüpfen, den sozialen Aufwärtsbestrebungen der Arbeiterchaft, wie sie insbesondere in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Ausdruck finden, allseitigeres und verstärktes Verständnis entgegenbringen zu wollen. Auf dem Hintergrund einer bereit vertieften Erkenntnis von der Eigenart und Notwendigkeit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung würde der Prozeß nicht nur für die gesamte deutsche Arbeiterchaft, sondern in mindestens dem gleichen Maße für unser öffentliches und staatliches Leben einen dauernden Gewinn bilden.“

Praktisch nicht durchführbar? In der Weltmeisterzeitung ist ein sehr interessanter Aufsatz über die englische Arbeitslosenversicherung in der Praxis enthalten. In einer Zeit, da die Frage der Arbeitslosigkeit und ihrer Bekämpfung in unserem Vaterlande immer dringender wird, und trotzdem einflussreiche Kreise sich gegen jede reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung stemmen, mit der Begründung, sie sei praktisch gar nicht durchführbar, ist es äußerst lehrreich, das Urteil zu vernehmen, zu dem der Verfasser auf Grund der in England gewonnenen Erfahrungen kommt. Wir lesen da:

Die Erfolgsfolgerungen, die aus der gewonnenen Erfahrung gezogen werden, sind vorläufig begrenzt. Es ist nachgewiesen, daß obligatorische staatliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in den versicherungspflichtigen Jahrgängen verwaltungsmäßig durchführbar ist. Auslösende Schwierigkeiten hinsichtlich der Definition und des Nachweises von Arbeitslosigkeit haben sich nicht ergeben. Gleichzeitig ist eine genaue Grenze zwischen den versicherungspflichtigen Jahrgängen und anderen verwandten, hergestellt worden.

Es hat sich ferner gezeigt, daß staatliche obligatorische Versicherung die freiwillige nicht zerpflückt. Die letztere hat infolge der Einführung der staatlichen Versicherung aber zu als abgenommen.

Die wirtschaftliche, insoweit die Unterstützung Notstände, die infolge von Arbeitslosigkeit entstehen, verhüten kann, muß unterschieden bleiben, bis eine wirtschaftliche Depression eintritt.

Diese zunehmende Depression kann aber von einem günstigen neuen Standpunkt aus betrachtet werden. Die wirtschaftlichen Notstände müssen sich in jeder Woche vermindern. Die Organisationen zur Auszahlung der Unterstützung in schlechteren Zeiten ist vorhanden, und das Land ist nicht mehr so unvorbereitet für Notstände, wie es früher war.

Die Arbeitslosenversicherung auf nationaler Grundlage ist daher als möglich zu erachten. Es ist charakteristisch, daß dieser Teil des englischen Versicherungsgesetzes niemals so heftig angegriffen worden ist, wie der erste Teil der Arbeitslosenversicherung. Die Kritik hat auch während des letzten Jahres vollständig geschwiegen, und trotz der Unvollständigkeit des vorliegenden Berichtes werden auch noch erhebliche Anstellungen irgendwelcher Art gemacht werden.

Mögen die englischen Verhältnisse auch in mancher Hinsicht mit den unsrigen nicht ohne weiteres vergleichbar sein, den Einblick lassen die in England bisher gemachten Erfahrungen doch zu, daß das Problem der Arbeitslosenversicherung auf nationaler Grundlage auch in Deutschland gelöst werden kann und auch gelöst werden muß.

Eine Probe von altemännlicher Bildung. „Freund“ Dr. Erdmann, der beste sozialdemokratische „Kamerad“ und „Jugendführer“ der christlichen Gewerkschaften, hatte sich auf dem Deutschen Kongress in Köln „abgegeben“. Er wußte von der Wichtigkeit der Arbeiterbewegung, und auch dem Kongress heranzugreifen er auch noch einige Referate hielt. Von dem Ortswortleiter des letzten Jahres bestanden die Arbeiterkongresse wurde ihm, als er um eine Probe für den Kongress bat, die er unter Hinweis auf sein Verhältnis zum Deutschen Kongress der christlichen Gewerkschaften verweigert. Wer ein wichtiger Kongress ist, der kann nicht ohne die Arbeiterbewegung auskommen. Einem Staatsanwalt, wenn er der Verhaftung nicht widersteht, ist es nicht möglich, etwas anzufangen. Und so ist es auch hier. Die Arbeiterbewegung ist die Grundlage der christlichen Gewerkschaften, und es ist nicht möglich, die Arbeiterbewegung zu ignorieren, wenn man die christlichen Gewerkschaften retten will.

quanten, das Lokal zu verlassen. Die sozialdemokratische Presse war nun „behauerlicherweise“ nicht in der Lage, einen „interessanten“ Bericht des „ersten Kritikers“ zu bringen. Resigniert meinte die sozialdemokratische Presse: „Wie soll man es um eine Sache stehen, die solchen ersten Kritiker zu scheuen hat!“

Die „Westd. Arbeiterztg.“ (Nr. 50, 1913), bis die Mitteilung, daß Dr. Erdmann um eine Pressekarte gebeten, gebracht hatte, erhielt von ihm eine Berichtigung, daß er niemanden um die Ausstellung einer Pressekarte gebeten habe. Einige sozialdemokratische Zeitungen taten die Behauptung der „Westd. Arbeiterztg.“ einfach als „gelogen“ ab. Dr. Erdmann mag nicht weit von dem Veranlasser dieser Notiz entfernt sein. Doch, o Schreck! Die „Westd. Arbeiterztg.“ (Nr. 1, 1914) ist in der Lage, die von Herrn Dr. Erdmann höchstpersönlich geschriebene Briefkarte an die örtliche Kongressleitung zu veröffentlichen. Sie lautet:

Sehr geehrter Herr!

Darf ich Sie bitten, mir eine Karte für den dritten Deutschen Arbeiterkongress und die dazu gehörigen Druckfachen zugehen zu lassen.

Verfa SW. 11, Hotel Sachal, Königgräber-Str. 111.

Dr. A. Erdmann, M. P. R.

Bei der „großen Freundschaft“ des Herrn Dr. für die christliche Arbeiterbewegung und seinem vielen Schreiben über diese, mag ihn das Gedächtnis im Stich gelassen haben, so daß er sich nicht erinnern konnte, wegen der Pressekarte angefragt zu haben. Wir verzeihen diese „Gedächtnisschwäche“ gern! Bei Herrn Dr. Erdmann ist seine Behauptung, wegen einer Pressekarte nicht angefragt zu haben, natürlich keine Lüge, nein, pure „Gedächtnisschwäche“. Und schließlich ist nach sozialdemokratischer Methode dem Gegner gegenüber alles erlaubt. Eine Tatsache abzustreiten, ist unter „alademisch gebildeten Genossen“ scheinbar eine Kleinigkeit. Bei ihnen mußten auch selbstgeschriebene Schriftstücke nicht, der Wahrheit die Ehre zu geben.

„Der verblödete Religionsunterricht“. Ihren wahren Geist offenbart die „Arbeiterjugend“, das Organ der sozialdemokratischen Jugendbewegung, so recht in ihrer Weihnachtsnummer (1913, 24). Ihr Stern ist das Wort „Solidarität“, das die Jugend aufrufen soll, „mitzukämpfen an der Befreiung aus unwürdigen Fesseln“. Dann heißt es weiter:

„Dein mannhafter Entschluß legt dir schwere Pflichten auf. Und die schwerste aller Pflichten ist deine eigene Befreiung aus geistiger Abhängigkeit. Die Volksschule, als Verkörperung der herrschenden Klassen, hat durch einen unrichtigen, verblödeten Religionsunterricht und durch einen knechtischen Gesellschaftsunterricht deinen Geist in Fesseln geschlagen. Diese Fesseln, die deinen Geist an freier Entfaltung hindern, gilt es abzuwerfen.“

Selbstverständlich wird auch fernerhin stets in der sozialdemokratischen Presse zu lesen sein, daß von einer Religionsbeseitigung in der sozialdemokratischen Jugendbewegung niemals die Rede sein könne.

Ein tragisches Ende hat der aus der Buchdruckerbewegung bekannte frühere langjährige Redakteur des sozialdemokratischen Buchdruckerorgans Ludwig Reghäuser genommen. Reghäuser mußte 1910 aus der Redaktion des „Korrespondent“ ausscheiden, weil er anderen einen heftigen Krieg mit den sozialdemokratischen Parteibonzen führte, letzteres allerdings weniger aus parteipolitischen Gegensätzen heraus, als aus persönlichen. In der Folgezeit hat Reghäuser ein wechselvolles Schicksal durchgemacht. Er war Redakteur eines linksliberalen Blattes, Herausgeber einer sozialistischen Wochenzeitschrift, einen Tag Bezirksleiter des sozialdemokratischen Buchdruckerbundes, und neuerdings wieder Seper in einer jüdischen Druckerei. Über sein neuestes tragisches Erlebnis berichtet die „S. Z.“ am Freitag in Nr. 4 vom 6. Januar folgendes:

„Der aus der Gewerkschaftsbewegung bekannte Ludwig Reghäuser aus Adolfszell am Bodensee wollte seit einigen Tagen mit seiner Geliebten, der Gattin seines Oheis, in Pfronten. Auf einem Anstöße saßen sie den Beschlüssen, sich im Walde mit Opium zu töten. Nach vielen Stunden erachte aber Reghäuser wieder und versuchte nun, sich mit seinen vollständig erparren Händen die Palsabern zu öffnen, was ihm aber nicht gelang. Mittlerweile gelangte auch die Frau wieder zum Bewußtsein. Die beiden irrten nun lange Zeit im Walde weiter und traten schließlich unter unfähigen Schmerzen mit vollständig erfrorenen Füßen den Rückweg nach Pfronten an. Hier wurden sie in das Krankenhaus gebracht, wo ihnen die Füße abgenommen werden mußten.“

Der „Typograph“, Organ des Guttenberg-Bundes, bezieht zu diesem tragischen Ende Reghäuser's: „Das ist ein geradezu tragisches Ende eines Mannes, der 16 Jahre an der Spitze der Organisation von Buchdruckern, genannt Verband der Deutschen Buchdrucker, gestanden und durch seine Tatkraft — das muß anerkannt werden — durch seinen Eifer den Verband erst zu der heutigen Stärke gebracht hat. Und dieser Führer muß so enden. Das ist der Damm... Wie hat Reghäuser in seinem sozialistischen Wochenblatt geschrieben, daß man ihn von Stelle zu Stelle gelagt und hinter ihm her den Pechsand der persönlichen Verbächtigung ziehen ließ.“ „Recht, unverdient oder Unrecht... alles dies habe ich erfahren.“ Reghäuser meinte, er würde die Mittel den...

mit denen man mir noch im Unglück den Glauben zu geben veruchte.“ „Überall wo ich bin, den mir die Wege verrammelt, wo ich suche, auf einem aus Bedürfnis und Ueberzeugung zugehenden Gebiet tätig sein zu können. So war es um die Meinungen und mich existenzfähig zu erhalten anderer Ausweg mehr übrig geblieben, als in Ort zu Ort zu ziehen.“ „Reghäuser selbst: „Wer Zeit seines Lebens für andere gekämpft, muß Ende seiner Tage für sich selbst fechten gehen.“ Er nennt seine Situation eine verzweifelte: „sagt mit Ingrim: „Mehr als bitter berührt es mich aus höherem Interesse schweigen zu müssen, selbst Steine reden möchten.“ Reg hat erfahren, wie das Wort Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bei der Sozialdemokratie aufzufassen ist. hat es versucht, wider den Stachel zu löten, deshalb hat man ihn bis zur Verzweiflung getrieben. Regher auch die Diefse, in denen er mittelst, daß Selbstmord begehen müsse, weil ihm jedes Mittel zum Weiterleben fehle.“

Die sozialdemokratische Presse bringt nur kurze Notizen. Der „Vorwärts“ ohne Kommentar, andere Blätter schreiben nur „schade um den Mann“. Die rote „Volkszeitung“ schreibt sogar höhnisch: „Die Partei, in der er vollständig zerfallen war, hatte am wenigsten Ursache, diesen Mann zu halten!“ Es wunderte uns, daß man seiner Schadenfreude nicht deutlicher Ausdruck gibt. Note Moral!

„Christliche Vertragstreue“. Der „Korrespondent“, das Organ des sozialdemokratischen Buchdruckerbundes, läßt sich so leicht nichts entgehen, wo zur Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften irgendwas verwendet werden kann. So druckte er kürzlich eine Mitteilung der „Amberger Volkszeitung“ ab, worin hauptsächlich war, daß bei einem Bauunternehmer in Forchheim in Bayern christlich organisierte Bauarbeiter zu einem Stundenlohn von 35—40 Pf. arbeiten, obwohl der Tarif 45 Pf. vorschreibe. Die christlichen Arbeiter seien dem Arbeitgeber noch dankbar, daß er ihnen in Zeiten allgemeiner Arbeitslosigkeit noch Arbeitsgelegenheit und Verdienst biete.

Die Meldung der „Amberger Volkszeitung“ beruht aber auf Unwahrheit. Aus einer Berichtigung, die der Blatt von unserer Nürnberger Bezirksleitung zugeingentnehmen wir:

„Von den circa 15 bei Barthelmann beschäftigten Arbeitern ist kein einziger im christlichen Bauarbeiterverband organisiert, von sozialdemokratischen Bauarbeiterverband sind aber sechs Mann dort beschäftigt. Wenn die anderen Arbeiter nicht rot organisiert sind, so stehen sie zum Teil der Sozialdemokratie sehr nahe.“

Der „Korrespondent“ mag hieran ersehen, was an seiner mit „Christliche Vertragstreue“ überschriebenen Notiz richtig und was falsch ist. Gespannt sind wir nur, ob er nun auch von dem wahren Sachverhalt, auf dem er übrigens schon von anderer Seite aufmerksam gemacht worden ist, seinen Lesern Mitteilung macht. Gepflogenheit war das bei ihm bisher in der Regel nicht.

### Wirtschaftliche Bewegung

Gesperrt sind: Witzburg, Eifel (Sperrte über die Firmen Garion jr. und sen. wegen Maßregelung). Zobenbären (Sperrte über den Bauunternehmer Duhmann wegen Nichtannahme des Tarifvertrages). Hamm l. W. (Sperrte über das Studegeschäft Heinrich Wilseler wegen Nichtanerkennung des Tarifs). Caterberg (Maurer und Hilfsarbeiter, Sperrte über die Firma Heinrich Bullmann). Neustadt (Schwarzwalde) (Streit der Zimmerer). Steele (Sperrte über die Firma Fr. Stud wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages und Maßregelung). Saffig (Sperrte über die Firma Florath wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). Rheinberg (Sperrte über das Plattengeschäft Gebr. Schiffer wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). Nachen (Sperrte über das Plattenlegergeschäft J. G. Rumbach wegen Nichtanerkennung des Tarifs). Neuhammer am Quets (Streit). Sorau (Sperrte über die Firma Häusel). Sagan (Sperrte über die Firma Eißler). Sommer l. B. (Sperrte über die Firma Schneider). Wenzels (Sperrte über die Firma Jüdel). Zugzug ist ferngehalten.

### Bekanntmachung des Zentralvorstandes

betreffend Militärunterstützung.

Lauf § 30 des Verbandsstatuts wird an die beim Militär dienenden Kollegen, die mindestens 1 Jahr dem Verbands angehören, zu Weihnachten des 2. Dienstjahres die erste Rate der Militärunterstützung gezahlt.

Die Auszahlung erfolgt durch die Zentrale direkt an die Kollegen in der Garnison. Es sind zu diesem Zwecke die Adressen der Kollegen, die bis heute noch nicht angegeben sind, sofort dem Zentralvorstand mitzuteilen, damit die Unterstützung angewiesen werden kann. Durch die Verwaltungen stellen darf die 1. Rate nicht ausgezahlt werden.

Der Zentralvorstand.  
J. A.: Jos. Wiebeberg.

# Verbandsnachrichten

**Altenstein.** (Maurer und Bauhilfsarbeiter.) Am Sonntag, den 5. Januar, hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Dieselbe war gut besucht. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung durch den Vorsitzenden, Kollegen Junt, erhielt Kollege Föllmer das Wort. Derselbe warf einen Rückblick auf das Jahr 1913 und berichtete dabei aus, daß dasselbe für die Bauarbeiter sehr ungünstig gewesen sei. Infolge der herrschenden Weltwirtschaftslage sei wenig gebaut worden, und hätten deshalb die Kollegen viel unter Arbeitslosigkeit leiden müssen. Die Annahme der Wehrvorlage hätte für Altenstein im letzten Halbjahre eine Besserung der Bauaktivität herbeigeführt. Sie brachte ausreichende Beschäftigung für unsere Kollegen. Die Tarifverneuerung, die im verfloffenen Jahre stattfand und auf friedlichem Wege erledigt wurde, hätte unseren Kollegen ansehnliche Erfolge gebracht. Der Kassenbericht vom 4. Quartal ergab folgendes: Die Einnahme für die Verwaltungsstelle betrug 55,89 M. An Unterstützungen wurden gezahlt: für Krankenunterstützung 18 M., Sterbegeld 44 M., Militärunterstützung 8 M., Gemahregeltenunterstützung 96,23 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 330,97 M., die Ausgabe 202,29 M.; es verbleibt somit ein Lokalkassenbestand von 128,68 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Nachdem die Kollegen Junt und Kschinski eine Wiederwahl ablehnten, wurden folgende Kollegen gewählt: H. Bienenbarra als 1., A. Hein als 2. Vorsitzender, H. Föllmer als 1., J. Stoll als 2. Kassierer, J. Jaschinski als 1. und A. Krajewski als 2. Schriftführer, A. Lorkowski und Josef Preuß als Revisoren; als Schlichtungskommissionsmitglieder die Kollegen Bienenbarra, Bartsch und Elbing, als Fahmenträger und Begleiter die Kollegen Poetsch, Ochotki, Preuß, Senkowsky und Bialojan. Sämtliche Gewählten nahmen die Wahl an. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde das Wintervergütungen auf den 21. Februar festgelegt. Hoffentlich wird nun der neue Vorstand mehr von den Kollegen unterstützt, damit es nicht wieder vorkommt, daß Kollegen ihre Ämter niederlegen, weil sie ihnen von den Kollegen erteilt wurden.

Die Zahlstelle Köslinen hielt am 6. Januar ihre Generalversammlung ab. Nach einem Vortrage des Kollegen Föllmer wurde Kollege Bernh. Bilsch als Vorsitzender und Kollege Rattel als Kassierer wiedergewählt, als Schriftführer Kollege Kasproski, als Revisoren die Kollegen Kucharzowski und Pelz. Die Einnahme im 4. Quartal betrug für die Verwaltungsstelle 105,07 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 64,11 M. und eine Ausgabe von 19,25 M.; es verbleibt somit ein Bestand von 44,86 M. Die Mitgliederzahl beträgt 20. Zum Schluß wurde noch über Volksversicherung diskutiert. Es soll in der nächsten Versammlung ein Vortrag darüber gehalten werden. Die Kollegen wurden ermahnt, falls sie sich versichern lassen wollen, dieses bei der Deutschen Volksversicherung A.-G. in Berlin zu tun.

**Berlin.** Die Arbeitervorlesungen der Humboldt-Akademie beginnen in der letzten Januarwoche. Der Hörexausschuß hat dazu die folgenden Vorlesungen ausgewählt: „Allgemeine Gesundheitslehre der arbeitenden Massen“, Dozent Dr. A. Wolff-Eisner, Königl. Gymnasium, Elisabethstraße 57, Donnerstags 7/8-10, Beginn: 29. Januar; „Was muß der Bürger vom Staate wissen?“, Dozent Dr. B. Brandis, Landwirtsch. Hochschule, Invalidenstraße 44, Freitags 8/9-10, Beginn: 30. Januar; „Einige Kapitel aus der Lehre vom Leben und der Entwicklungslehre“, Dr. A. Eichhorn, W., Georgenstraße 30/31, Montags 8/9-10, Beginn: 1. Februar; „Grundlagen der Sozialversicherung“, Invalidenstraße 42, Dienstags 8/9-10, Beginn: 3. Februar. Die Vorlesungen sind von freier Aussprache, Fragebeantwortung, teilweisen Demonstrationen, Führungen und Museumsbesuchen begleitet. Die Gebühr beträgt für eine Reihe (5mal 2 Stunden) 1 M. Hörerarten und Programme sind in zahlreichen Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend, in den Kaufhäusern Landorf und in der ersten öffentlichen Lesehalle der Gesellschaft für Ethische Kultur, Kungestraße 25, erhältlich. Das Hauptbureau, Kurfürstenstraße 166, I, 10-6, und die im Programm unterzeichneten Mitglieder des Hörexausschusses erteilen bereitwillig Auskunft.

**Betsche.** Die Verwaltungsstelle Betsche hielt am 3. Januar 1914 ihre erste Generalversammlung mit Vorstandswahl im Verbandslokale des Herrn Emil Schoen. Zu derselben erschienen auch der Bezirksleiter, Kollege G. Müller, Posen. Redner warf einen Rückblick auf das verfloffene Jahr. Es sei ein Jahr schwerer Arbeit gewesen. Erst im Juni schlossen sich die Kollegen der Organisation an, und drei Wochen später traten wir schon in eine Lohnbewegung. Durch das feste Zusammenhalten der Kollegen ist es gelungen, die Annahme der Organisation den Arbeitgebern gegenüber durchzusetzen und dadurch höhere Löhne zu erzielen. Kollege Müller ermahnte die Kollegen, in demselben Sinne auch im kommenden Jahre zu arbeiten, bis auch der letzte Kollege der Organisation beigetreten ist. Darauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Als erster Vorsitzender wurde der Kollege Schulz zum wiedergewählt, erster Kassierer Kollege Pazdorek, erster Schriftführer Kollege Feidler, als Stellvertreter die Kollegen Joh. Janischewski, Albert Schmidt und Roman Porge, als Revisoren die Kollegen Knod und Pfeifer, als Beisitzer die Kollegen Prentke und Wandberg.

**Dobersdorf.** Am Sonntag, den 4. Januar, fand in unserer Zahlstelle die diesjährige Generalversammlung statt, zu welcher unser Bezirksleiter Kollege Ehrhardt als Referent erschien. Die Versammlung war ziemlich gut besucht, es wäre aber wünschenswert gewesen, wenn bei solcher Gelegenheit die Kollegen sich noch zahlreicher einfänden würden. Die Tagesordnung lautete:

1. Vortrag des Kollegen Ehrhardt: Welche Kämpfe haben wir in der kommenden Zeit zu erwarten, 2. Diskussion, 3. Vorstandswahl, 4. Verschiedenes. Die Versammlung wurde vom Kollegen Djalas eröffnet, worauf Kollege Ehrhardt das Wort zu seinem Vortrage übernahm. Er wies überzeugend auf die Fortschritte in der Lohnbewegung im ober-schlesischen Bezirke während des zehnjährigen Bestehens des Verbandes hin. Der damalige Stundenlohn von 28-30 Pf. nahm einen Aufstiege auf 51 Pf., also 21 Pf. durchschnittlich mehr, was gewiß als sehr erfreulich zu bezeichnen ist, trotzdem alles gegen uns war und uns bei der Gründung der Gewerkschaft hinderte. Nicht nur die Unternehmer allein, sondern auch die Genossen und die Polizei machten uns Schwierigkeiten. Dank der unserer Bewegung innewohnenden Energie können wir mit Stolz auf die verfloffene Zeit zurückblicken. Jetzt aber heißt es: Nicht auf den Vorbeeren ausruhen, sondern mit der Zeit weiterzuschreiten und für die Erstarkung unserer Kasse arbeiten, da wir nicht wissen, was uns in nächster Zeit bevorsteht. Nach anderthalbstündiger Rede schloß Kollege Ehrhardt seine zündenden Ausführungen. Nach der Diskussion gab der Kassierer Kollege Goliash den Kassenbericht. Darauf folgte die Vorstandswahl. Aus der Wahl gingen hervor die Kollegen Kabela als erster, Kronsil als zweiter Vorsitzender; Krompiek als erster, Gierga als zweiter Kassierer; Lind als Hauskassierer; Sioblarz als Schriftführer, Goliash und Geichter als Revisoren, als Delegierte die Kollegen Th. Krompiek und B. Sobel. Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens unserer Zahlstelle wurde beschlossen, im Sommer ein Vergütungen abzuhalten. Mit einem dreifachen Hoch auf unseren Verband wurde die sehr anregende Versammlung geschlossen.

**Frankfurt.** Am Sonntag, den 4. Januar fand unsere Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vorstandswahl, 2. Jahresbericht, 3. Vortrag des Kollegen H. Müller-Pofen, 4. Verschiedenes. In den Vorstand wurden gewählt als 1. Vorsitzender J. Kerber, als Kassierer T. Schröder, als Schriftführer P. Wittig, als 2. Vorsitzender P. Krause, als 2. Kassierer B. Wittig, als 2. Schriftführer J. Jordan und als Revisoren J. Walsch und P. Strauchmann. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Aus diesem war zu ersehen, daß unsere Zahlstelle 30 Mitglieder zählt. An Hand von Zahlen wies er nach, daß jetzt der Jahresverdienst der Kollegen bedeutend höher ist als in der Zeit, wo die Kollegen nicht organisiert waren. Hierauf hielt Kollege Müller aus Posen einen lehrreichen Vortrag und bemerkte, daß das Jahr 1913 sich durch große Arbeitslosigkeit allerorten kennzeichnete. Zum Schluß forderte er die Kollegen auf, recht fleißig die Versammlungen zu besuchen, weil den Kollegen darin die Gelegenheit geboten wird, sich zu schulen. Es wurde noch beschlossen, daß jeder Maurer 9 Lokalmarken und die Bauhilfsarbeiter 5 Marken zu legen haben. Sodann wurde noch ein Wintervergütungen, verbunden mit Ball und Vorträgen, für den 14. Februar festgelegt.

**Georgenwerf.** Am Sonntag, den 4. Januar, fand im Lokale des Herrn Witzel in Karlsgrund eine Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle statt. Der bisherige Vorsitzende, Kollege Wochnit, eröffnete die Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Krupka, 2. Kassenbericht, 3. Wahl eines Vorstandes, 4. Verschiedenes. Alsdann erteilte er dem Kollegen Krupka das Wort zu seinem Vortrage. Redner wies zunächst darauf hin, daß wir in einem Beruf stehen, in dem wir immer mit Kämpfen zu rechnen haben. Weiter führte er aus, daß wir im verfloffenen Jahre keine gute Baukonjunktur zu verzeichnen hatten und die Arbeitslosigkeit viele Familien ins Elend brachte. Trotz der schlechten Baukonjunktur haben unsere Kollegen es verstanden, immer wieder neue Mitglieder dem Verbands zuzuführen. Redner berichtete weiter über den Prozeß der christlichen Gewerkschaften und daß wir durch den Prozeß in der Öffentlichkeit gute Erfolge erzielt haben. Nach dem Vortrage des Kollegen Krupka erstattete uns Kollege Wochnit den Kassenbericht. Es wurden in der Zahlstelle im Berichtsjahre 28 Mitglieder neu aufgenommen; an Marken wurden verkauft 345 zu 40 Pf., 352 zu 55 Pf., 6 zu 60 Pf., 87 zu 65 Pf. und 101 Arbeitslosensmarken. Außerdem wurden noch 1 Futterale und 112 Agitationsmarken verkauft. Summa der Einnahme 459,05 M. Also eine Mehrerinnahme von 120 M. gegenüber dem Vorjahre. Nach dem Kassenbericht wurde zur Vorstandswahl geschritten. Es gingen aus der Wahl folgende Kollegen hervor: Wandy als erster, Egemann als zweiter Vorsitzender; Wochnit als Kassierer; Vertrauensmänner Seidel und Bora; als Schriftführer Siegulla und als Revisor Kollege Jmilinski. Zum Schluß ermahnte Kollege Wochnit, unentwegt für die Ausbreitung unseres Verbandes Sorge zu tragen und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf unsere Bewegung.

**Lahr.** Am 31. Dezember fand unsere Generalversammlung statt, die gut besucht war. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Vorstandswahl, 4. Geschäftliches. Kollege Steif erstattete den Jahresbericht der Zahlstelle, der sehr erfreulich war. Der Kassenbericht wurde glatt erledigt, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Aus der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: 1. Vorsitzender Kollege Schreiner, 2. Vors. Wilh. Kubius; Peter Wolf erster, Wolf zweiter Kassierer; Georg Paas erster, Kaspar Wilm zweiter Kassierer. Sämtliche gewählten Kollegen nahmen die Wahl an und versprochen, treu und fleißig für den Verband zu arbeiten. Es wurde noch über die Abhaltung eines Stiftungsfestes gesprochen. Man beschloß, von der Feier eines solchen Abstand zu nehmen.

**Mengerskirchen.** Am Sonnabend, den 28. Dezember 1913, hielt die Zahlstelle Mengerskirchen ihre diesjährige Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen: 1. Annahme neuer Mitglieder, 2. Geschäftliches, 3. Kassenbericht, 4. Vorstandswahl. — Beim Beginn der Versammlung sprach der Vorsitzende Kollege Gräf einige kernige Worte über die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften

und betonte ganz besonders die Entwicklung unserer Organisation im letzten Jahre. Er wies ferner hin auf das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zu den konfessionellen Arbeitervereinen. Es sollten christliche Gewerkschaften und konfessionelle Arbeitervereine Hand in Hand gehen und sich gegenseitig unterstützen. Er forderte, daß die Mitglieder der Arbeitervereine den christlichen Gewerkschaften und umgekehrt die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften den Arbeitervereinen beitreten sollten. Zum ersten Vorsitzenden wurde, da Kollege Gräf eine Wiederwahl ablehnte, Kollege Wilhelm Siederer und zum zweiten Vorsitzenden Kollege Joseph Bickard gewählt; zum ersten Schriftführer wurde Johann Schermuly gewählt, zum zweiten Kollege Johannes Eckert, zu Revisoren Theodor Meuser und Wilhelm Eckert. Unter „Verschiedenes“ wurde Beschwerde geführt, daß die Beamten der Bezirksleitung, Frankfurt sich so wenig um die Winterzahlstellen des Westerwaldes kümmerten, ja daß sie es noch nicht einmal der Mühe wert erachteten, eine Konferenz abzuhalten.

**Niederbrengen.** Am 27. Dezember 1913 fand unsere Bezirkskonferenz statt, die aber leider sehr mäßig besucht war. Kollege Schleicher streifte noch einmal in markanten Worten die Kämpfe des nun hinter uns liegenden Jahres. Besonders behandelte er das Thema „Tarifverträge“. Er wies darauf hin, daß nachdem dieses Gebäude so mühsam aufgerichtet worden ist, gewisse Strömungen am Werke sind, daselbe niederzureißen. Redner erinnerte an die unwahren Behauptungen des Zimmererorgans über die Unparteilichkeit, die es infolge ihrer Unhaltbarkeit wieder zurücknehmen mußte. Der Sturm, den die Berliner Fachabteilungen gegen die christlichen Gewerkschaften entfacht hatten, hat sehr klärend für unsere Bewegung gewirkt und ist glänzend abgeschlagen worden. Der Essener Kongreß, der durch das Geschrei der sozialdemokratischen und eines Teiles der linksstehenden Presse nichtig wurde, zeigte indes klar und deutlich, daß wir von unseren gewerkschaftlichen Grundsätzen nicht das geringste preisgegeben haben. Trotz alledem verkommen die Verdächtigungen und Verleumdungen nicht, so daß sich die Führer der christlichen Gewerkschaften gezwungen sahen, den Verleumdern gerichtlich die Unhaltbarkeit der Verdächtigungen zu beweisen. Der Ausgang des Gewerkschaftsprozesses ist bekannt. Eine ganze Anzahl sozialdemokratischer Redakteure wurde zu recht hohen Geldstrafen verurteilt. Die Arbeitslosigkeit war zum Teil in unserem Bezirk sehr enorm. Trotzdem konnte die Mitgliederzahl um 520 gesteigert werden. Um die Erfolge zu feiern, ermunterte Kollege Schleicher die Kollegen, sich noch mehr als bisher der Mitarbeit, besonders zur Heranziehung und Aufklärung der Jugend und der Frauen, zu widmen. Zum Schluß gab der Redner noch verschiedene Winke zu einer erfolgreichen Agitation, und nach kurzer Diskussion wurde die so anregend verlaufene Konferenz geschlossen.

**Rindes.** 3. Januar. Die diesjährige ordentliche Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle fand heute im Evang. Vereinshause statt. Zu derselben war auch Kollege Kott aus Herford erschienen. Er referierte über innere und äußere Organisationsarbeit der Verwaltungsstellen. Redner zeigte, wie zum Gelingen einer Verwaltungsstelle nicht nur das einige Zusammenarbeiten der Vorstandsmitglieder erforderlich sei, sondern daß sowohl in der Organisations- wie auch Agitationsarbeit die Vorstandsmitglieder und übrigen Mitglieder sich gegenseitig ergänzen müssen. Außerdem gab Kollege Kott noch manche praktische Winke für das Organisationsleben. In der folgenden Diskussion beteiligten sich mehrere Mitglieder. Weiter fand Neuwahl des Vorstandes auf der Tagesordnung. Es wurde gewählt zum ersten Vorsitzenden Wilh. Kormsmeier, als zweiter Vorsitzender Böckmann, als erster Kassierer August Riechmann, als zweiter Christian Riechmann, zum Schriftführer Wilhelm Müller, als Kassenrevisoren die Kollegen Matties, Lange und Wilhelmie, zu Kartellbelegierten Heinrich Grote und Gustav Altvater, als Hauskassierer August Riechmann und Fritz Wilhelmie. Hierauf ermahnte unser neuer Vorsitzender Kollege Kormsmeier die Kollegen noch einmal zu reger Mitarbeit und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung.

**Reusdorf (Westpr.).** Am Sonntag, den 4. Januar, fand unsere Generalversammlung statt. Die Tagesordnung war folgende: 1. Bekanntgabe des Kassen- und Geschäftsberichts, 2. Wahl des Vorstandes, 3. Vortrag des Kollegen Schönefeld-Königsberg, 4. Gewerkschaftliches. Zunächst begrüßte der Vorsitzende den Kollegen Schönefeld und hieß ihn im Namen der Versammlung willkommen. Dem Jahresbericht, den der Kassierer, Kollege Schönefeld, gab, entnehmen wir folgendes: a) Mitgliederverhältnisse: Bestand von 1912-84 Mitglieder. Aufgenommen 31. Zugereist 6 und übergetreten aus anderen Organisationen 3. Von diesen 124 sind im verfloffenen Jahre 36 abgereist. Unbekannt abgegangen 19. Es bleibt somit ein Bestand von 69 Mitgliedern. b) Markenverhältnisse: Marken wurden verkauft 3014 Stück, welche die Summe von 1297,70 M. einbrachten. Von den Beitragsmarken entfallen auf ein Mitglied im Durchschnitt 34 Stück und an geleisteten Wochenbeiträgen 15,08 M. Die Gesamtmarkeninnahme, mit Bestand vom vorigen Jahre, betrug 1429,60 M., die Ausgabe 1387,07 M.; somit bleibt ein Kassenbestand von 62,53 M. An die Zentrale wurden in bar 1003,19 M. gesandt. Die Ausgabe der Zentrale betrug 68 M.; davon entfallen 4 M. auf Krankenunterstützung und 4 M. auf Militärunterstützung. Dann gab der Vorsitzende, Kollege Kapke, den Geschäftsbericht mit einem Rückblick auf das verfloffene Jahr. Daß wir einen Mitgliederertrag haben, hat an erster Stelle die schlechte Konjunktur verursacht. An zweiter Stelle aber die Gleichgültigkeit und Faulheit der Kollegen selbst, denn hätte jeder in Betreff Agitation seinen Mann gestellt, so würde dieser Rückgang nicht zu bezeichnen sein. Die Kollegen glauben, wenn sie ihre Beiträge entrichten, dem Verband gegenüber ihre Pflicht



intelligenten Arbeiterstamm verfügen. Unzählige Artikel werden in Massen verfertigt und abgesetzt, und helfen so das Volkvermögen mehren, indem sie durch den Absatz ganzen Industriezweigen Brot und Arbeit verschaffen.

Die intelligente Arbeiterfchaft stellt höhere Anforderungen an das Leben. Der einzelne Arbeiter ist sich bewußt, daß er mehr ist, als nur eine Arbeitsmaschine, daß er ein Mensch ist mit einer höheren Bestimmung, erfüllt mit hohen Idealen, seinen Stand zu heben, ihn gleichberechtigt den übrigen Gesellschaftsklassen zu machen. Er will und muß Anteil nehmen an den Errungenschaften der Kultur und Zivilisation, muß Anteil haben an den Werten, die er mit schaffen half. In keiner Zeit war das Ringen der Arbeiterfchaft um die Gleichberechtigung gewaltiger als in der heutigen, und in keiner der Drang nach Wissen so stark als in der jetzigen. Haben wir als Menschen und vor allen Dingen als Christen nicht auch die heiligste Pflicht, an der Veredelung und Verfeinerung unseres Geistes, unseres inneren Menschen zu arbeiten? Nicht die Geburt abelt den Menschen, sondern der Geist, der in ihm wohnt, seine vornehme Bestimmung, sein Herzensadel. Kann dieser nicht auch in der ärmsten Hütte seine Heimat haben? Gewiß ist das möglich, aber immerhin schwierig, da durch die Sorgen um das tägliche Brot und andere Bedürfnisse der Geist zu sehr beschäftigt wird und Gefahr läuft, nicht mehr genügend Energie zu entfalten zu können und Schömem.

In richtiger Würdigung dessen konnte und durfte die christliche Arbeiterfchaft ihre materielle Besserstellung nicht vernachlässigen, sondern mußte konsequenterweise mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln ihr Ziel zu erreichen versuchen. Zur materiellen Besserstellung gehört außer ausreichendem und belönnlichem Essen und Trinken und guter Kleidung auch eine angemessene Arbeitszeit, damit der Arbeiter Zeit für seine Bildung und körperliche Erholung findet. Das wichtigste aber ist eine gesunde Wohnung. Feuchte, dumpfe und enge Wohnungen sind wahre Brutstätten ansteckender Krankheiten und bilden in vielen Fällen eine Gefahr für Religion und Sittlichkeit. Um aber diese Verbesserungen durchzuführen, ist vor allem ein guter Lohn notwendig, denn ohne Geld läßt sich bekanntlich nichts erreichen. Nun liegt es aber in der Natur der Sache, daß der Arbeitgeber mit möglichst wenig Betriebskapital recht hohe Gewinne erzielen will, der Arbeitnehmer dagegen aus seiner Arbeitskraft, die er dem Arbeitgeber leihweise zur Produktion zur Verfügung gestellt hat, einen möglichst hohen Lohn. Da kommt es ganz von selbst, daß sich beide Teile mit entgegengesetzten Interessen gegenübersehen, und nicht immer kommen diese Differenzen friedlich zum Austrag.

Daraus ergibt sich klar und deutlich die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Der einzelne Arbeitgeber ist in den meisten Fällen materiell immer noch stärker als die Arbeiter, die ihm in seinem Betriebe gegenüberstehen, und trotzdem sehen wir ihn mit seinen Kollegen in mächtigen Industrieverbänden zur Wahrnehmung seiner Interessen zusammengeschlossen. Wieviel mehr ergibt sich also für die Arbeiterfchaft die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenstufes. Wenn nun diese Erkenntnis in der Arbeiterfchaft immer mehr Fuß faßt, so sollte das jedem wahren und ehrlichen Arbeiterfreund eine große Genugtung sein. Die Arbeiterfchaft macht mit ihren Familienangehörigen den größten Teil der deutschen Bevölkerung aus, stellt den Löwenanteil zur Verteidigung des Vaterlandes, beim Heer und bei der Marine, sie bildet also ein äußerst wichtiges Glied im Staate. Wird das von anderen Gesellschaftsklassen genügend gewürdigt, so müßten sie gerechterweise der christlich-nationalen Arbeiterfchaft wohlwollend gegenüber, zum mindesten aber nicht hinderlich im Wege stehen.

Es würde sich auch für die übrigen Gesellschaftskreise empfehlen, die Arbeiterbewegung eingehender zu studieren, dann würden manche leichtfertige Urteile vermieden, die oft so böses Blut erregen. Vom Arbeiter wird gefordert, daß er die wirtschaftlichen Verhältnisse kennt und diesen Rechnung trägt, es kann dann aber auch umgekehrt verlangt werden, daß auch die Nichtarbeiter wenigstens die elementarsten Begriffe der modernen Arbeiterbewegung sich aneignen. Dann wird auch ein besseres Sichverstehen Platz greifen und mancher harte Kampf könnte vermieden werden, zum Nutzen der Gesamtheit.

Aufgabe der christlich organisierten Arbeiterfchaft aber ist es vor allen Dingen, sich zu schulen und diese Gehörtenänge bei jeder sich bietenden Gelegenheit auch in die Kreise der Nichtarbeiter hineinzutragen. Das gilt für alle, im besonderen Maße aber für Oberchristen.

### Konsumvereine

Das Ziel der gewerkschaftlichen Arbeit ist die Erhöhung des Wertes der Arbeitskraft. Höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen will die gewerkschaftliche Arbeit den Arbeitern bringen. Für die Arbeiter ist es nun Aufgabe, den erhöhten Wert ihrer Arbeitskraft, den höheren Lohn, auch rationell auszunutzen, so daß nicht die in der gewerkschaftlichen Organisation schwer errungenen Lohnerhöhungen durch die teuren Lebensmittel wieder verschlungen werden. Zu dem Zwecke billigerer Lebensmittelbeschaffung haben sich die Konsumenten Konsumvereine geschaffen, die durch den Warenbezug im großen ihren Mitgliedern bedeutende Vorteile bieten. Gerade während der jetzigen Teuerung haben weite Kreise den Wert des genossenschaftlichen Warenbezuges erkannt. Auch der Dresdener Kongreß der christlichen Gewerkschaften nahen in einer Entschiedenheit Stellung zu der Konsumvereinsfrage, indem er betonte, daß die Konsumgenossenschaftsbewegung eine notwendige Ergänzung der Berufsorganisationen sei. Er empfahl den Mitgliedern der christlichen Verbände den Beitritt zu den Konsumvereinen. Erst in jüngster Zeit hat auch der Dritte deutsche Arbeiterkongreß gelegentlich des Re-

ferats über „Lebensmittelversorgung und Lebensmittelteuerung“ die Konsumgenossenschaftsbewegung als einen wichtigen Faktor auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung anerkannt.

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine, der mit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung die engste Fühlung unterhält, gibt soeben in seinem Hauptorgan, der „Konsumgenossenschaftlichen Praxis“ (Nr. 1, 1914), einen Bericht über seine Tätigkeit und Erfolge im vergangenen Jahre. Aus dem früher sich vorwiegend auf das westdeutsche Gebiet erstreckenden Verbands wurde der „Reichsverband deutscher Konsumvereine“, der seine Tätigkeit jetzt über das ganze Deutsche Reich erstreckt. Die Erweiterung des Tätigkeitsgebietes gibt dem Verbands eine breitere Basis für seine zukünftige Entwicklung.

Im Jahre 1913 traten dem Verbands 31 Vereine bei, so daß die Gesamtzahl der angeschlossenen Vereine jetzt 153 beträgt. Die Mitgliederzahl erhöhte sich in 1913 von 97 606 auf 142 385, eine Steigerung um 45,9 Prozent. Der Umsatz der Verbandsvereine stieg von 31 598 461,50 Mark in 1912 auf 44 219 118,24 Mark in 1913. Ebenfalls eine Steigerung um 40 Prozent. Der Umsatz der Großeinkaufszentrale stieg in 1913 gegenüber dem Vorjahr um rund 100 Prozent, von 4 812 684,34 Mark auf 9 1/2 Millionen Mark. Der Gesamtumsatz im Verbands wird die runde Summe von 53-54 Millionen Mark betragen. In Saarbrücken wurde ein zweites Lager errichtet, um den großen Anforderungen, die an den Verbands gestellt wurden, nachkommen zu können.

Das ist gewiß eine achtenswerte Leistung, die von dem Reichsverbande deutscher Konsumvereine im vergangenen Jahre geleistet wurde. Große Vorteile sind in dieser Arbeit für die in den Vereinen des Verbandes zusammengeschlossenen Mitglieder enthalten. Daß der Verbands in den 10 Jahren seines Bestehens solche Erfolge erzielen konnte, ist zu einem nicht geringen Teile der tatkräftigen Hilfe der christlichen Gewerkschaften zu verdanken. Möge in den kommenden Jahren der Verbands in gleichem oder stärkerem Maße gedeihen und weiterblühen, zum Wohle der Konsumenten, vor allem der Arbeiter!

### Volkswirtschaftliches und Soziales

Die Roheisenerzeugung Deutschlands im Jahre 1913. Nachdem nun auch die Dezemberziffern vorliegen, läßt sich das Jahresergebnis der deutschen Roheisenerzeugung überschauen. Es stellt einen neuen Rekord in unserer Roheisenerzeugung dar. Diese hat im Jahre 1913 die gewaltige Menge von 19,29 Millionen Tonnen betragen, gegen 17,87 Millionen Tonnen in 1912.

In den einzelnen Monaten des letzten und der vorhergehenden Jahre zeigt die deutsche Roheisenerzeugung folgendes Bild:

| in Tonnen   | 1907       | 1908       | 1909       | 1910       | 1911       | 1912       | 1913       |
|-------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| Januar      | 1 092 152  | 1 061 329  | 1 021 721  | 1 177 574  | 1 320 685  | 1 385 493  | 1 609 714  |
| Februar     | 978 191    | 994 186    | 949 667    | 1 091 351  | 1 179 137  | 1 337 134  | 1 498 511  |
| März        | 1 099 257  | 1 046 998  | 1 073 116  | 1 250 184  | 1 323 143  | 1 424 076  | 1 628 190  |
| April       | 1 077 703  | 979 866    | 1 047 197  | 1 302 117  | 1 385 395  | 1 451 404  | 1 547 300  |
| Mai         | 1 094 314  | 1 010 917  | 1 090 467  | 1 261 735  | 1 312 255  | 1 493 157  | 1 641 646  |
| Juni        | 1 044 336  | 956 426    | 1 067 421  | 1 219 071  | 1 283 997  | 1 452 657  | 1 608 303  |
| Juli        | 1 128 966  | 1 010 770  | 1 091 039  | 1 283 516  | 1 290 106  | 1 505 360  | 1 646 382  |
| August      | 1 117 545  | 935 445    | 1 100 671  | 1 262 804  | 1 285 942  | 1 526 831  | 1 638 634  |
| September   | 1 091 020  | 928 729    | 1 068 346  | 1 233 477  | 1 250 702  | 1 516 623  | 1 589 197  |
| Oktober     | 1 138 676  | 941 590    | 1 112 629  | 1 391 379  | 1 334 941  | 1 633 539  | 1 650 205  |
| November    | 1 118 225  | 930 738    | 1 119 051  | 1 273 333  | 1 313 836  | 1 537 205  | 1 587 288  |
| Dezember    | 1 106 375  | 1 016 536  | 1 164 694  | 1 307 064  | 1 390 637  | 1 566 025  | 1 669 680  |
| Jahressumme | 13 800 214 | 13 100 214 | 13 800 214 | 15 400 214 | 15 800 214 | 17 200 214 | 19 290 214 |

Es muß jedoch damit gerechnet werden, daß die Monatsziffern vom letzten Jahre in den nächsten Monaten nicht nur nicht überschritten werden, sondern sogar noch zurückgehen. Nach dem Urteil der „Frankf. Ztg.“ kann der Markt die Riesenmengen gar nicht mehr aufnehmen. Man ziehe aber die Bildung größerer Vorräte einem schärferen Dremfen in der Erzeugung vor.

### Soziale Wahlen

Forchheim. Die rote Herrschaft in der Ortskrankenliste ist gebrochen. Der 28. Dezember 1913 war der Entscheidungstag. Die Liste der christlich-nationalen Arbeiter erhielt 362 Stimmen, die der „Genossen“ 255 Stimmen. Es erhalten Vertreter im Ausschuss: wir 12, die Sozis 8. Das Verhältnis im Vorstand ist: wir 5, die „Genossen“ 3.

Neuhof. Bei der Wahl der Vertreter zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenliste Neuhof siegte die Liste der christlich-nationalen Arbeiter mit 16 Vertretern und 33 Erfahrlenten.

Fulda. Bei der Gesellen-Ausschufwahl zur Einmündung Fulda wurden 3 Vertreter und 3 Erfahrmänner unseres Verbandes mit großer Mehrheit gewählt.

### Gerichtliches

Anfall infolge unsachgemäßer Anlage eines Leitungsanges. Urteil des Reichsgerichts vom 3. Januar 1914. sk. Leipzig, 3. Januar. (Nachdr. verb.) Wegen jahrlässiger Lösung (§ 222 StGB.) hat das Landgericht Königsberg am 20. August 1913 den Maurermeister Hermann Raabe zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Raabe arbeitete im Herbst 1912 am Neubau des Kreishauses in Lappau und hatte hierbei die Anlage der Leitungsänge zu beaufsichtigen. Nachdem Ende Oktober 1912 die Balkenlage des zweiten Stockwerkes unter Leitung von Raabes Bruder, Karl Raabe, verlegt worden war, hatte Hermann Raabe

**Trockene Wände**  
 durch die echten Kosmos-Tafeln.  
 Prospekt Nr. 6128 und Muster umsonst.  
 A. W. ANDERNACH, BEUEL A. RHEIN.

die Leitungsänge so eingerichtet, daß vom Keller eine Leiter zum ersten Stock führte, wo sich unmittelbar neben ihrer Einmündung eine Leiter zum zweiten Stockwerk erhob. Die Einmündestellen, die genau übereinanderlagen, waren weder durch Geländer noch durch eine sonstige Schutzvorrichtung gesichert. Als am 26. Oktober 1912 Karl Raabes 15jähriger Bruder Franz Raabe und mehrere Arbeiter damit beschäftigt waren, im zweiten Stockwerk Balken von einer Leiter zur anderen zu tragen, rutschte Franz Raabe an der Einmündestelle der Leiter plötzlich aus und stürzte mit einem Brette durch die Lufen hindurch ins Kellergerüst hinab. Seine Verletzungen waren so schwer, daß er sogleich verstarb. Die Schuld an dem Unfall traf Hermann Raabe, den unverantwortlichen Erbauer der Leitungsänge. Jahrlässigerweise hatte er gegen die Unfallverhütungsvorschriften der Nordöstlichen Bauberufsgenossenschaft verstoßen, deren § 23 vorschreibt, daß im allgemeinen Leitungsänge nicht übereinanderliegen dürfen, daß sie aber, wenn es die Raumverhältnisse nicht anders gestatten, dann schon mit einem bestimmten Abstand zu verschalen sind, und der § 27 ausdrücklich solche Decköffnungen und Leiterschächte die Anbringung eines Schutzgeländers verlangt. Zweck dieser Bestimmungen ist die Verhinderung von Abstürzen. Hermann Raabe kannte sie und wußte, daß ihre Nichtbefolgung zu Unfällen führen konnte. Die Raumverhältnisse gestatteten sowohl eine gefahrlosere Anlage der Leitungsänge, wie auch die Anbringung von Geländern oder das Abdecken der Lufen; zu letzteren hatte ihn auch der Bauführer bereits einige Tage vor dem Unfall aufgefordert. Eine Befolgung der Sicherheitsvorschriften hätte den Unfall verhütet. Somit war der Tatbestand der jahrlässigen Lösung gegeben. Die von Hermann Raabe gegen seine Verurteilung eingelegte Revision hat das Reichsgericht als unbegründet verworfen, entsprechend dem Antrage des Rechtsanwalts. (Ktzenzeitung; 3 D. 1037/13.)

### Soziale Rechtfprechung

Die Krankenkassen dürfen die Bezahlung der Verpflegungskosten nicht auf einen Teil beschränken. Entscheidung des Preussischen Oberverwaltungsgerichts. (Nachdruck auch im Auszug verboten.) Wenn die Reichsversicherungsordnung § 184 in Übereinstimmung mit dem Krankenversicherungsgesetz der Krankenkasse das Wahlrecht einräumt, entweder Krankenpflege und Krankengeld oder Kur und Verpflegung in einem Krankenhause zu gewähren, so will sie damit sagen, daß volle Kur und Verpflegung gewährt werden solle, ein Recht aber der Kasse auf Beschränkung der Bezahlung auf einen Teil der Verpflegungskosten nicht zustehe. In diesem Sinne hat auch das preuss. Oberverwaltungsgericht in folgender Sache entschieden. Die Krankenkasse zu B. hatte die täglichen Verpflegungskosten für die im dortigen städtischen Krankenhause untergebrachten Kranken 3. Klasse, die in der Stadt wohnen, auf 2,20 M. für solche, die zwar in der Stadt beschäftigt sind, aber auswärts wohnen, auf 3,20 M. Verpflegungskosten festgesetzt. Nun hatte der Kassenvorstand auf die Krankenkassenaufnahmescheine für die von den Kassenärzten der Krankenhausebehandlung bedürftig erklärten auswärtigen Mitglieder wiederholt einen Vorbehalt des Inhalts gesetzt, daß die Kasse die Kurkosten mit 2,20 M. für den Verpflegungstag tragen werde. Gegen diesen Vorbehalt erhob der Magistrat zu B. bei Androhung einer Ordnungsstrafe von 10 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung Einspruch. Die Krankenkasse erklärte das Verbot des Vorbehalts für unzulässig und legte Revision gegen die Magistratsverfügung beim Oberverwaltungsgericht ein. Dieses stellte sich infolge auf den Standpunkt der Borentscheidung und wies die Revision der Kasse als unbegründet zurück. In seinen Gründen führte das Oberverwaltungsgericht etwa folgendes aus: Die angefochtene Verfügung sei nur dann berechtigt, wenn in dem Eintragen des bemängelten Vorbehalts in die Aufnahmescheine ein Zuwiderhandeln gegen das Gesetz liege. Das sei aber in der Tat der Fall. Die Kasse sei natürlich im Verhältnis zur Verwaltung des Krankenhauses, dem sie Kassenmitglieder zu überweisen wünsche, nicht gehindert, sich die Bewilligung eines ihr angemessenen scheinenden Preises auszubedingen und die Einweisung von Kassenmitgliedern in das Krankenhaus, sei es allgemein, sei es in einzelnen Fällen, von entsprechenden Zugeständnissen der Krankenhauseverwaltung abhängig zu machen. Wenn aber die Krankenkasse ihren Mitgliedern mit dem beantragten Vorbehalt verschiedene Ueberweisungsscheine ausständigige, um damit von dem ihr zustehenden Wahlrecht Gebrauch zu machen, so stehe ihr doch nicht frei, an Stelle der in § 184 der Reichsversicherungsordnung, wie oben erwähnt, normierten Leistungen eine nur teilweise freie Kur und Verpflegung im Krankenhause zu gewähren. Die Ausständigung der bedingten Ueberweisungsscheine sei alsdann aber nicht nur dahin zu beurteilen, daß die Kasse keine der beiden zu ihrer Wahl stehenden Leistungsformen angeboten, sondern dahin, daß die Kasse den Versicherten statt dessen etwas anderes angeboten hat, was sie ihnen nach Gesetz und Statut nicht anbieten dürfte. Kennzeichnet sich aber das Verhalten der Kasse als das Anbieten einer im Gesetz überhaupt nicht vorgesehenen Leistung, so biete jeder einzelne Fall der Aufsichtsbeförde Veranlassung zum Einschreiten nach § 30 der Reichsversicherungsordnung. Die Revision sei deshalb zu verwerfen gewesen. (Gal. Reg. Bd. 33, Seite 446 ff.)

